

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

118 (25.5.1920)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 80 1/2 Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abgaben 3.80 M.; durch die Post bezogen 3.80 M., ohne Abhol- u. Bestellgebühren, monatlich. Einzelheft 20 Pf. Ausgabe: Werktags mittags; Geschäftszeit: 1/8—1/2 und 3—1/2 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelleile 1.—M. Die Reklamezeile 3.50 M.; Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Wähler! Wählerinnen! Parteigenossen!

Am 6. Juni tritt der erste Reichstag der deutschen Republik an die Stelle der verfassunggebenden Nationalversammlung. Von seiner Zusammensetzung hängt die Zukunft der deutschen Politik, die Sicherung der Republik, die Förderung des sozialen Aufstiegs der breiten Volksmassen ab.

Als die Nationalversammlung in Weimar zusammentrat, stürzte unser Land aus unzähligen Wunden. Von inneren Stürmen geschüttelt, von äußeren Feinden bedrückt, schien es fast als sei es dem sicheren Untergang geweiht, den ihm deutschnationale Propheten für den Fall der militärischen Niederlage schon seit Jahren geweissagt hatten.

Diesem Untergang zu verhüten, aus dem Trümmerhaufen des Weltkrieges eine neue Ordnung zu gründen, das war die schier unlösliche Aufgabe, vor die sich die Sozialdemokratie in der Nationalversammlung gestellt sah. Erst der Anfang dazu ist gemacht, die vollständige Überwindung der Kriegsfolgen wird sich noch Jahre hinziehen.

Die Sozialdemokratie hat dem Waffenstillstand und dem Frieden trotz aller Härten die Zustimmung gegeben, um unser Land vor neuen Kriegsgreueln, unser Volk vor neuen blutigen Opfern zu schützen.

Die Sozialdemokratie hat ihren Einfluss aufgegeben, um der deutschen Republik eine freiheitliche Verfassung zu geben, die alle Staatsgewalt in die Hände des Volkes legt.

Die Sozialdemokratie hat die Rechte der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben erweitert, ihnen die Möglichkeit des Einflusses in die Produktion gegeben, sie wird die Rechte der Wirtschaftskräfte für Bezirke und das Reich zu erweitern suchen.

Die Sozialdemokratie hat durch die Einführung der einheitlichen Grundschule für Reich und Arm den ersten Schritt zur Einheitschule für die Kinder des Landes getan.

Die Sozialdemokratie hat das alte unsoziale Steuersystem durch ein neues, den Besitz und den Gewinn kräftig heranziehendes sozial abgestuftes Steuersystem ersetzt.

Die Sozialdemokratie hat Achtundtags- und Erwerbslosenunterstützung gesetzlich verankert.

Die Versorgung der Kriegsgeschädigten und

Die sozialdemokratische Fraktion der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

Kriegshinterbliebenen auf eine gerechtere Grundlage gestellt und erheblich aufgebessert.

Die Sozialdemokratie hat sich trotz der großen Schwierigkeiten, die sich aus den Folgen des Krieges ergaben, mit der Sozialisierungsgesetzgebung für Kohle, Kali und elektrische Energie den Anfang gemacht, sie ist gewillt, diese Betriebe weiter auszubauen und auf die dazu reifen Betriebe anderer Industrien auszuweiten.

Die Sozialdemokratie hat die Vorarbeiten für eine umfangreiche Siedlungsstätigkeit in Stadt und Land getroffen und wird sie trotz allen Widerstandes des Großgrundbesitzes und der Bureaucratie fortführen.

Auf Schritt und Tritt gehen durch die großen tatsächlichen Schwierigkeiten, durch die Verarmung unseres Landes, die Herabsetzung unserer Produktionskraft, durch den Mangel an Rohstoffen und Lebensmitteln, und alle üblen Nachwirkungen des fünfjährigen Vernichtungskrieges, hat sie versucht, wenigstens den Untergrund für eine Neuordnung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes zu schaffen.

Der größte und schwerste Teil der Arbeit steht noch bevor. Ihn wird das Parlament leisten müssen, das aus den Wahlen des 6. Juni hervorgeht.

Wähler! Wählerinnen! Parteigenossen! In diesem Tage entscheidet es sich, ob es vorwärts gehen soll im Sinne des Sozialismus und der Demokratie oder rückwärts im Sinne des Militarismus, des Monarchismus und des Kapitalismus! Ob unser Land abermals und dauernd gebieten sollen die Junker und ihr Trost, das Großkapital und seine Verbündeten, oder ob auch auf wirtschaftlichem Gebiete alle Gewalt vom schaffenden Volke ausgehen soll, von den Arbeitern des Kopfes und der Hand! Nur ein Reichstag, in dem die sozialdemokratische Partei die ausschlaggebende Macht ausübt, kann die Entmilitarisierung des Reiches, die Demokratisierung der Verwaltungen, die Sozialisierung der dazu reifen Betriebe energisch und ohne Rücksicht auf privatkapitalistische Interessen durchführen.

Deshalb auf zur Wahl für die Sozialdemokratie!

Gegen die Zerfleischungspolitik!

Von Philipp Scheidemann.

Man trommelt von links und von rechts auf uns. Die Deutschnationalen, die Deutschen Volksparteier, überhaupt alles, was zwischen dem Grafen v. Helldorf und allerlei kurzatmigen antisemitischen Adolfsäcken herumfrucht, verflucht und verhöhnt uns, weil wir die Revolution „gemacht“ und alles verunglückt hätten, was dem Bauers- und Bürgermann heilig sei. Die links von uns stehenden Gruppen der U. S. P., der K. P. D. und der K. A. P. D. bekämpfen uns mit Flammenwerfern, weil wir „noch am Morgen des 9. November 1918 die Revolution für ein Verbrechen erklärt haben.“

Herr Geheimrat Nieferer wünscht uns, weil wir sozialisieren wollen. Der unabhängige Dr. Breitscheid verflucht uns, weil wir nicht sozialisieren wollen. Die Herren von der U. S. P. sind unzufrieden mit uns, weil wir zu wenig Steuern nehmen, die Herren rechts von uns sehen uns als Rinaldo Rinaldini an, weil wir zu viel Steuern beschlossen haben. Herr Geheimrat Nieferer vom Janabund, ein kreuzbraver Mensch, aber ein schlechter politischer Musikante, erklärt pathetisch:

„Die Schuld der Sozialdemokratie ist ihr zerflörendes Wirken. Börtört oder schwer geschädigt haben sie... die Grundlagen... des Handels und der Industrie, letztere durch ihre Steuererlasse, durch ihren blinden Haß gegen das Unternehmertum.“

Es ist unverständlich, wie Herr Geheimrat Nieferer dergleichen ungerichtetes Zeug hat sagen können. Hat denn die Sozialdemokratie die Steuererlasse gemacht oder die Nationalversammlung? Doch wohl die letztere! Ja, so wird geantwortet werden, aber die Regierung hat doch die Gesetze der Nationalversammlung vorgelegt! Und die Regierung — das sind doch die Sozialdemokraten... Ach nein, die Regierung besteht aus Demokraten, Zentrumsdemokraten und Sozialdemokraten. Und um es ganz deutlich zu sagen und die Behauptung von dem „Haß gegen das Unternehmertum“ in die gebührende Beleuchtung zu rücken: der Finanzminister war ein Mitglied der Zentrumspartei, die Demokraten, die zugestimmt haben, vertreten doch zum großen Teil Kaufleute, Fabrikanten usw. Und trotzdem bei ihnen „Haß gegen das Unternehmertum“?

Aber — so knallen die großen Kanonen der reaktionären Parteien, der Deutschnationalen, der Volksparteier, der Antisemiten e tutti quanti: in der Koalition haben die Sozialdemokraten den größten Einfluß, deshalb sehen sie alles durch! Dazwischen feuern die Klein-kalibrigen Maschinengewehre der U. S. P., der K. P. D. und K. A. P. D.: die „Regierungssozialisten“ bejagen in der Regierung ja nur die Geschäfte der Bürgerlichen, sie müssen ja so tanzen, wie die anderen pfeifen! Sie haben gar nichts zu bedeuten.

Links und rechts verkennt man das Wesen der Koalitionsregierung vollkommen. Es kommt gar nicht darauf an, ob von der einen oder anderen Partei ein Mann oder zwei mehr im Kabinett sitzen; denn an die Uebernahme einer Partei kann gar nicht gedacht werden, weil das die Sprengung der Koalition bedeuten würde. Es muß in jedem strittigen Falle das Kompromiß gesucht werden, das meistens keiner der Koalitionsparteien gefällt, aber doch das einzig mögliche Resultat der gegebenen politischen Situation ist. Wer dieser Koalitionspolitik nicht hold ist, der muß alle Kraft daran setzen, sie überflüssig zu machen durch das Zustandekommen einer einheitlichen Mehrheit. Die Rechte arbeitet fleißig darauf hin, dieses Ziel zu erreichen, und die äußerste Linke ist eifrig bemüht, sie dabei zu unterstützen.

Die U. S. P. schimpft auf uns und verlästert uns, weil wir nicht wollen, wie sie will. Dabei weiß eigentlich kein Mensch, was sie will. Die K. P. D. schimpft auf die U. S. P. und mißhandelt sie als „Verräter“. Die K. P. D. wird aber von der K. A. P. D. direkt angespuckt, weil sie den schlimmsten Verrat am Kommunismus betreibt, wie ihn der Oberpriester Wolffheim in Gemeinschaft mit dem ehemaligen Zentrumsmann Rauffenberg lehrte.

Wenn man uns von weiter links her plausibel machen will, daß wir auf falschen Wege sind, dann soll man uns doch einmal klipp und klar sagen, was für Wege man links von uns zu gehen beabsichtigt. Was wollen die U. S. P., was wollen die K. P. D., und was wollen die K. A. P. D.? Aber wenn uns alle drei gesagt haben, was jede Gruppe will, dann bitten wir sie, unter sich zunächst auszumachen, wer von ihnen auf dem rechten Wege ist. Da sie alle drei sich die heftigsten Vorwürfe machen, werden sie sich vor den Wahlen zum Reichstag kaum einigen können. Aber soll deshalb die Arbeiterklasse sich dauernd zum Gaudium und zum Vorteil der Reaktion zerfleischen, weil einige Konfusionskräfte, die gestern rechts, heute links, morgen rückwärts reif für das Narrenhaus sind, die Arbeiterklasse am Narrenweil führen?

Arbeiter in Dorf und Stadt! Haltet die Augen offen! Euer Freund ist, wer zur Einigkeit rät; denn nur die Einigkeit macht stark. Euer Feind ist, wer euch Laa für Laa immer wieder zum Bruderkampf ermuntert.

Termin der Konferenz in Spa: 21. Juni.

Berlin, 22. Mai. Die Wolffs Telegraphenbüros in letzter Stunde von amtlicher Seite erfährt, hat der hiesige großbritannische Geschäftsträger im Auftrage der Regierung von Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien dem Reichszentraler heute eine Note übermitteln, in der die Verlegung des Termins der Konferenz von Spa auf den 21. Juni vorgeschlagen und das Einverständnis der deutschen Regierung dazu erbeten wird.

Debatte über die Entschädigungssumme.

Stockholm, 22. Mai. „Svenska Dagbladet“ vergleicht die angeblich von der Entente beabsichtigte Forderung von 20 Milliarden Mark mit der von der „Times“ vorgeschlagenen Höchstsumme von 40 Milliarden und meint, wenn die Haltung der Ententemächte derart sei, wie sich aus den letzten Telegrammen schließen lasse, so werde auch Spa nur neues Unheil über Europa bringen.

Genf, 22. Mai. Die „Humanité“ berichtet, daß die Herabsetzung der Entschädigungszahlung Deutschlands von Lloyd George und Ritti mit bestimmten Forderungen bei Millerand berieten werden. Wenn die Deutschen in Spa Ausdauer zeigen, ist mit einer wenigstens finanziellen Revision des Versailler Vertrages zu rechnen.

Zusammentritt der internationalen Finanzkonferenz am 5. oder 6. Juli.

Paris, 24. Mai. Der „Temps“ erfährt aus London von autorisierter Seite, die internationale Finanzkommission in Brüssel werde am 5. oder 6. Juli zusammentreten. 25 Nationen, darunter Deutschland und Österreich, seien vertreten. Die Konferenz werde selbst bestimmen, ob die Vertreter Deutschlands und Österreichs Stimmberechtigung haben, oder ob ihnen nur beratende Stimme zukommen solle.

Teilnahme Amerikas.

London, 24. Mai. „Morning Post“ meldet aus Washington, es stehe fest, daß sich die Vereinigten Staaten auf der Wirtschaftskonferenz in Brüssel vertreten lassen werden. Der amerikanische Vertreter werde aber nur als Zuhörer an der Konferenz teilnehmen.

Paris, 24. Mai. Der „Temps“ veröffentlicht ein Kabeltelegramm aus New York, wonach der Gedanke, daß die Schulden den Vereinigten Staaten nur in dem Maße zurückbezahlt werden könnten wie Deutschland Zahlung leihe, für die amerikanische Regierung unannehmbar sei.

Der Frieden mit Ungarn.

Paris, 22. Mai. Agence Havas. Der Vorsitzende der ungarischen Friedensdelegation erklärte, daß seine Regierung die Friedensbedingungen angenommen habe. Er wurde vom Oberst Henry im Hotel de Rezervoir empfangen. Oberst Henry begab sich darauf ins Ministerium des Äußeren und übergab dort die ungarische Antwort. Der Friedensvertrag wird in Versailles durch den

ungarischen Bevollmächtigten Lers unterzeichnet werden. Der Termin hierfür wird noch festgesetzt.

Russisch-polnischer Krieg.

Die Entente unterstützt Polen.

Warschau, 21. Mai. Aus Paris wird gemeldet: Die Politischer Konferenz hat die militärische Unterstützung der neuen Offensiv Polens und Rumaniens gegen Sowjet-Rußland nach einem Vertrag des Marshall Tschang angenommen.

Die englischen Arbeiter gegen den Krieg.

London, 21. Mai. (Reuter). Die Hafenarbeiter von Dublin haben sich geweigert, ein gestern angekommenes Schiff mit Kriegsgut, darunter 40 Automobile, zu löschen. Der Vollzugsrat der Nationalen Eisenbahnervereinigung hat beschlossen, seine Mitglieder anzurufen, die Beförderung von Kriegsmaterialien, die von den Polen zum Krieg gegen die Russen bestimmt sind, zu verweigern.

Von Reichwehrojoldaten erschossen.

Berlin, 23. Mai. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Krenz bei Ansbach: Am vorigen Freitag wurde in dem kleinen Ort Hochzeit bei Krenz der einzige Sohn des Geheimrats Paasche auf seinem Gut Walsrieden von Reichwehrtrouppen, die auf seinem Gute nach Waffen suchten, erschossen.

Aufhebung des Belagerungszustandes.

Berlin, 23. Mai. Der Reichspräsident hat die aufgrund des Art. 48 erlassenen Ausnahmevorschriften aufgehoben für folgende Bezirke: Berlin, Brandenburg, Pommern und die Reste der früheren Provinzen Westpreußen und Posen, für Schleswig-Vorpommern, Hannover, Oester-Ostpreußen sowie für Rheinland-Westfalen außer dem Regierungsbezirk Düsseldorf, ferner für Hessen, Mecklenburg, Braunschweig, Oldenburg, Anhalt, Waldeck, Lippe-Deimold, Schaumburg-Lippe und die Hansestädte. Im Freistaat Sachsen, in Württemberg, Baden und in Thüringen mit Ausnahme von Ostsa bestehen Ausnahmevorschriften nicht.

Schäden der Eisenbahnverwaltung im Ruhrgebiet.

Wie den „F. B. R.“ von der Eisenbahnverwaltung mitgeteilt wird, sind ihre während der politischen Unruhen im Ruhrgebiet in den Tagen vom 20. März bis zum 6. April d. J. durch Verabungen und Beschädigungen von Bahnen und Gleisanlagen, Brücken, Gebäuden usw. Schäden im Betrage von 20 250 000 M. entstanden, von denen rund 18 Millionen Mark auf Verabung von Eisenbahnwagen und Entwendung von Stoffen und Geräten entfallen.

Zusammenschluß der Förderalisten.

München, 22. Mai. Für die kommende Reichstagswahl und für die Zeit nach den Wahlen steht, wie der „Bayerische Kurier“ mitteilt, ein engeres Handinhandgehen aller deutschen Parteistromungen mit föderalistischem Charakter zu erwarten. Die erste Frucht werde eine Verbindung der Listen der Bayerischen Volkspartei mit den andern Gruppen sein.

Seite 8.
S
Garan-
ist ist
ten
e!
ecklen
elner-
g und
8538
nder
ER
chstr.
eit!
großer
auf
nd
keln
spreise
ung u. a.
chuh-
mit
3 10
gung
Selten
instiges
angebot
reda's
nachfl.
pollenstr.
eit!
fter
ne
2502
ler
re.
n.
dm
e.
h einer
Schmid.
Akte!
8766
profal
nds 6 Uhr
nkel

Wie soll denn der uns die Lebenslust abschmürende Friedensvertrag revidiert werden, wenn uns nicht eine einzige internationale Arbeiterschaft dabei hilft? Glaubt denn ein Mensch, der seine fünf Sinne beisammen hat, daß wir die französische, belgische, englische, italienische usw. Arbeiterschaft mit der deutschen auf einer Plattform zusammenbringen können, wenn sich die deutsche Arbeiterschaft selbst im Bruderkampf wälzt?

Urteile jeder, wer das Gute verbirgt — der, der täglich predigt: „Deutsche Arbeiter, zerfleischt euch!“ oder der, der unter der Parole kämpft: „Proletariat aller Länder vereinigt euch!“

Politische Uebersicht.

Die Obstruktion der Rechten.

Am letzten Tage der Nationalversammlung haben die Parteien der Rechten noch einmal schnell Obstruktion gespielt. Bei der Beschlußfassung über die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit verließen sie bis auf drei Horstposten den Saal und führten so künstlich die Beschlußfähigkeit des Hauses herbei, wobei ihnen übrigens der Zufall noch starke Helferdienste leistete, denn den Mehrheitsparteien fehlte nur eine einzige Stimme mehr, dann wäre die Obstruktion der Rechten bereitwillig worden. Den Abgeordneten, die durch ihr Ausbleiben der Rechten zu diesem Erfolg verholfen, gebührt eine scharfe Rüge. Dabei muß allerdings betont werden, daß präventiv am schwächsten bei dieser hochwichtigen Abstimmung die Unabhängigen vertreten waren, die schon vorher für ihren Mißtrauensantrag gegen die Regierung nicht mehr als dreizehn Unterschriften hatten zusammenbringen können.

Ueber die moralische Berechtigung oder Nichtberechtigung der parlamentarischen Obstruktion ist viel geschrieben worden. Jedenfalls steht dabei fest, daß sie im parlamentarischen Staatswesen eine sehr zweifelhafte Waffe darstellt. Denn bei dem Beschleß der Regierungsmehrheiten können die, die heute von der Obstruktion Gebrauch machen, morgen diejenigen sein, die mit diesem Mittel laßgelegt werden. Daher wird selbst von den Beschwörern der Obstruktion betont, daß sie nur als äußerstes Notmittel gegen die Vergewaltigung der Minderheit angewendet werden dürfe und auch nur bei Fragen von allerhöchster Bedeutung.

Keine dieser Voraussetzungen lag hier vor. Ueber war die Minderheit in irgend einer Weise vergewaltigt worden, noch war der Gegenstand, so bedeutsam die Abschaffung der Militärgerichte an sich ist, im Vergleich zu all den Fragen, die durch die Nationalversammlung entschieden worden sind, ein hervorragender. Die Rechte hat das Mittel der Obstruktion am letzten Tage der Lebensdauer des Parlaments in feinsten Weise ohne jeden zureichenden Grund angewendet.

Aus dieser Taktik ergibt sich aber ein überraschender Schluß: Trotz ihres auf Vorzug erhobenen Siegesgeschreies glauben die Rechtenparteien im ersten nicht daran, daß sie durch die nächste Wahl zur Regierung kommen werden. Denn in diesem Falle hätten sie ja nichts Dummeres tun können, als der künftigen Opposition den Weg zu weisen, wie diese ihre Gesetzgebung lähmen könnte. Denn bei allen denkbaren Bündnis-Kombinationen mit jeglichen Mittelparteien würde die Mehrheit der Rechten auch im günstigsten Falle so schwach sein, daß fast regelmäßig eine gescheiterte Obstruktion die Gesetzgebung verhindern könnte. Indem die Parteien der Rechten noch bei der letzten Sitzung der Nationalversammlung die Minderheit zum moralischen Entschluß zur Obstruktion führten, nahmen sie sich jedes Recht moralischer Entschuldigungen gegen künftige Minderheiten. Aber eben daraus geht hervor, daß sie selber bestimmt rechnen, noch auf unbegrenzte Zeit Minderheit und Opposition zu bleiben.

Der Straßburger Neutralistenprozeß.

Straßburg, 22. Mai. Am vergangenen Dienstag begann vor dem Straßburger Schwurgericht die Verhandlung gegen die Teilnehmer des Neutralisten-Komplottes, die am 16. Oktober in Straßburg, Colmar, Mühlhausen usw. verhaftet wurden. Auf der Anklagebank nehmen Platz: Walter Köhler, Architekt, Straßburg; Henri Fuhrmann, Landwirt, Mühlhausen; Giffier Alfons, Student; Jules Bögel, Redakteur; Martin Pfeffermeier, Mechaniker; St. Ludwig; Jean Reeb, Kellermeister, Straßburg; Max Kade, Schreiner, Straßburg; Eugen Seimann, Dreher, Straßburg; Georg Bögel, Lehrer a. D., Straßburg; die vorgenannten Angeklagten sind beschuldigt, sich gegen die Paragrafen 87 und 89 des französischen Strafgesetzes dadurch vergangen zu haben, daß sie den Versuch machten, ein Komplott zu bilden, um die Regierung in Elsaß-Lothringen zu

stürzen und Flugschriften zu verteilen, welche dieses zum Zweck hatten.

Dem gegenwärtigen Prozeß ist am Samstag eine Verhandlung vor dem Schwurgericht vorausgegangen, in welcher die Leiter der Neutralistenbewegung, Charles Rapp, Guisbeizer, bayerischer Staatsangehöriger, Rene Cesar Ley, Bankier von Mühlhausen und Jean Ruck, Kaufmann von Straßburg, in contumaciam abgeurteilt wurden. Die genannten drei bilden in Pflanzheim bei Baden-Baden das sogenannte „Aktionssomitee“, das sich die Aufgabe gestellt hat, aus Elsaß-Lothringen einen selbständigen autonomen Staat zu machen, und welches in Elsaß-Lothringen Leute anwarb, die Flugschriften verteilen sollten und für die Idee im Lande politisch tätig zu sein, teils gegen Bezahlung, teils auch freiwillig. Diese drei wurden vom Gericht zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Vor Beginn der Hauptverhandlung gab der Vorsitzende noch eine kurze Schilderung der Haupttatsachen über Ley und Rapp; Charles Rapp, der sich rechtswärtig dem Titel „Graf“ beilegt und ein Nachkomme des Generals Rapp zu sein behauptet, ist 1875 in Elsaß-Lothringen geboren; er ist wegen Betrugs bereits verurteilt; während des Krieges bestand er sich in einem französischen Konzentrationslager, wo er sich durch französischfeindliche Propaganda besonders ausgezeichnet hatte. Rene Cesar Ley, ist von elfjähriger Abstammung und in Mühlhausen geboren; er ist Finanzmann und war während des Krieges Chef der deutschen Spionage in der französischen Schweiz und beteiligte sich immer sehr rege an der autonomistischen Propaganda. Im Jahre 1916 schrieb er einen Brief an Galliard, in dem er sich als äußerster Kenner der elsaßischen Volksseele und der Verhältnisse in Deutschland ausstellte, und mit der Begründung, daß 80 Prozent der Elsaß-Lothringer deutscher Abstammung seien, die Autonomie für Elsaß-Lothringen im Rahmen des deutschen Reiches forderte. Zur Orientierung der Geschworenen bringt der Vorsitzende die Flugschriften und Propagandaschriften, die im Auftrag des Baden-Badener Neutralisten-Komitees in Elsaß-Lothringen verteilt worden sind, zur Kenntnis. In seinen orientierenden Ausführungen bezeichnet der Vorsitzende des Gerichts die heutigen Angeklagten als verachtliche Egoisten, die nichts mehr zu verlieren haben, wogegen die Angeklagten protestieren.

In der ersten Sitzung des Gerichts, die abends 5 Uhr ihren Anfang nahm, erfolgte nach der Vernehmung des Hauptangeklagten Köhler sowie der übrigen Angeklagten. An das Verhör der Angeklagten schloß die Einvernahme der Belastungszeugen, wobei die Verhandlung noch die große Anzahl und vielleicht auch einen Teil der folgenden Woche in Anspruch nehmen dürfte.

Reichsgesetzliche Regelung der öffentlich-rechtlichen landwirtschaftlichen Berufsvertretungen (Reichslandwirtschaftskammer).

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist der Entwurf zu einem Reichsgesetz über die Einrichtung landwirtschaftlicher Berufsvertretungen fertiggestellt und bereits den Landesregierungen zur Kenntnisnahme übermittelt worden.

Die landwirtschaftliche Berufsvertretung war bisher ausschließlich durch Landesrecht geregelt. Die reichsrechtliche Regelung erweist sich als dringend notwendig, weil die deutsche Landwirtschaft beanspruchen darf, am Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft mit einer nützlichen Interessensvertretung mitwirken zu können und vor allem Wert darauf legen muß, bei der strengen Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Kräfte durch das Reich ebenfalls eine berufständische Vertretung bei der Reichsregierung zu haben.

Der Entwurf hat den Charakter eines Rahmengesetzes und geht von nachstehenden Grundgedanken aus. Der Begriff „Landwirtschaft“ ist im weitesten Sinne des Wortes aufzufassen. Es sollen Berufsvertretungen für die Verwaltungsbereiche höherer Ordnung in den einzelnen Ländern, landwirtschaftliche Berufsvertretungen der Länder sowie eine Reichslandwirtschaftskammer gebildet werden. Die landwirtschaftlichen Berufsvertretungen der oberen Verwaltungsbereiche der Länder sollen das Recht haben, in den unteren Verwaltungsbereichen ihres Reiches zur Vermittlung örtlicher Kenntnisse und Erfahrungen Abteilungen einzurichten.

Aufgabe der landwirtschaftlichen Berufsvertretungen soll es sein, die gesamten Angelegenheiten der Landwirtschaft ihres Reiches in wirtschaftlicher und fachlicher Beziehung zu vertreten. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben können sie für die Dauer oder vorübergehend Ausschüsse bilden.

Die Vertretungsorgane der Verwaltungsbezirke in den einzelnen Ländern sollen aus allgemeinen, gleichen, direkten Wahlen der landwirtschaftlichen Berufsangehörigen nach Maßgabe der Verhältniswahl hervorgehen. Die Wahlen sollen in drei Gruppen erfolgen, von denen je eine von dem Groß- und Mittelbau und den Arbeitnehmern (Angestellten und Arbeitern) gebildet wird. Jede Gruppe wählt eine gleiche Zahl von Mitgliedern. Wahlberechtigt sollen alle männlichen und weiblichen, dem landwirtschaftlichen Berufsstand angehörigen Personen sein, sofern sie

1. seit mindestens einem Jahre ununterbrochen in ihrem Wahlbezirk wohnen,
2. mindestens 20 Jahre alt sind,
3. im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind,
4. die Reichsangehörigkeit besitzen.

Wählbar sind nach dem Entwurf alle 24jährigen wahlberechtigten Berufsangehörigen, die

1. seit mindestens drei Jahren ununterbrochen in ihrem Wahlbezirk wohnen,
2. seit mindestens drei Jahren ununterbrochen landwirtschaftliche Berufsangehörige sind.

Wahlberechtigt sind auch die landwirtschaftlichen Berufsangehörigen, die in den landwirtschaftlichen Berufsvertretungen der Länder sowie die verschiedenen Vereinigungen des landwirtschaftlichen Berufsstandes Sitz und Stimme erhalten.

Die Mitglieder der landwirtschaftlichen Berufsvertretungen der Länder sollen von den nächstniedrigsten Vertretungsorganen gewählt werden.

Die Reichslandwirtschaftskammer soll von den landwirtschaftlichen Berufsvertretungen der Länder aus ihrer Mitte gewählt werden und eine den Vertretungsorganen der Länder entsprechende Zusammensetzung erhalten. Die Zahl der Mitglieder der einzelnen Länder hängt ab von der Zahl der landwirtschaftlich benutzten Fläche und der Zahl der landwirtschaftlich tätigen Personen. Jedes Land darf aber aus jeder der drei Wählergruppen mindestens je ein Mitglied entsenden. Kein Land darf durch mehr als zwei Fünftel aller Stimmen vertreten sein.

Die Reichslandwirtschaftskammer soll ihren Sitz am Ort der Reichsregierung haben und den Reichsbehörden regelmäßig als Beirat in allen die Landwirtschaft berührenden Fragen dienen.

Wie in den Vertretungsorganen der Länder, so sollen auch in der Reichslandwirtschaftskammer um die Landwirtschaft verdiente Personen und landwirtschaftliche Vereinigungen Sitz und Stimme erhalten können.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist beauftragt, den Gesetzentwurf durch Beratungen mit den beteiligten Stellen und Interessensvertretungen reichsweit zur Vorlage an die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches fertigzustellen.

Ein Rittergut — eine Million Goldmark.

Dieser Tage war im „Katholischen Anzeiger“ eine Annonce zu lesen, die für den Patriotismus unsrer feudalen Kreise besser spricht, als es ganze Bände sonstigen Agitationsmaterials zu tun vermögen. Das Inserat lautete:

Suche ein Rittergut
in Mecklenbg. od. Vorpommern v. 2—3000 Mrg., auch mehr, mit jeder gewünschten Anpflanzung. Wenn es gewünscht wird, kann 1.000.000 M. in Gold ausgegahlt werden. Strengste Diskretion zugesichert. Erbitte Briefe. Offerten unter N 89035 an die Exp. des „Kath. Anz.“

Siezu schreibt der Einfender des Inserats: „Aus uns hat man, als wir Soldaten waren, die Goldstücke herausgegarnt, indem wir für 5 20 Mark-Stücke 3 Tage Urlaub bekamen. Die Patrioten und Durchhaltefreier stießen die ihren in den Stumpf, um sie im gegebenen Zeitpunkt für 200 M. zu verkaufen; aber die Heberpatrioten und Vaterlandsfreunde dieser Sorte kaufen sich feudale Rittergüter.“

Wenn man von derartig empörenden Zuständen hört, so kann man nur den lebhaftesten Wunsch nach einer recht baldigen Einleitung des Großgrundbesitzes aussprechen. Während durch die Auswanderung teils einer schamlosen Junker- und Agrarlaste Millionen deutscher Volksgenossen seit Jahren Hunger leiden müssen, sind gewisse feudale Vertreter dieser Klasse noch immer in der Lage, sich Rittergüter mit gehamferten Goldgeld zu erwirgen. Vielleicht beweisen die Herren ihren Patriotismus einmal dadurch, daß sie mit ihrem Gold einen Teil unsrer Kriegsschuld an die Entente bezahlen, die uns als Folge der wahnwitzigen und bezwecklosen Kriegspolitik jener Klasse auferlegt wurde.

Väter und Söhne.

Roman von Ivan Turgenjew.

Bei dem Essen brachte Anna Sergejewna die Rede wieder auf Botanik.

„Lassen Sie uns morgen früh einen Spaziergang machen.“ sagte sie zu Bazaroff. „Ich möchte Sie bitten, mir die lateinischen Namen und die besonderen Eigenschaften der Feldblumen zu nennen.“

„Wozu wollen Sie die lateinischen Namen wissen?“ fragte Bazaroff.

„In allem muß Ordnung herrschen.“ antwortete sie. „Welch ein herrliches Weib, diese Anna Sergejewna!“ rief Arkadi, als er sich mit seinem Freunde in dem ihnen angewiesenen Zimmer allein befand.

„Ja.“ antwortete Bazaroff, „das Weibsbild hat Hirn. Nun, sie hat ja auch schon manches durchgemacht.“

„In welchem Sinne habe ich das zu verstehen, Eugen Wassilitsch?“

„Nur im guten, nur im guten Sinne, mein frommer Arkadi Nikolajew! Ich bin überzeugt, daß sie ihr Gut ausgezeichnet verwaltet. Aber herrlich — das ist nur ihre Schwester, nicht sie selbst.“

„Wie, dieser kleine Schwarzkopf?“

„Ja, dieser kleine Schwarzkopf. Da hast du etwas Frisches, Unberührtes, etwas Berühmtes und Schweigames — alles, was du willst. Die verdient, daß man sich um sie bemüht. Die könnte man noch nach Wunsch bilden und formen. Aber die andere — das ist eine geriebene Fischgräten.“

Arkadi gab keine Antwort und jeder legte sich mit seinen eigenen Gedanken zu Bett.

Auch Anna Sergejewna dachte an diesem Abend an ihre Gäste. Bazaroff gefiel ihr wegen seiner vollständigen Anspruchslosigkeit und selbst wegen der Schärfe seines Urteils. Er war für sie etwas ganz und gar Neues, und sie war neugierig.

Anna Sergejewna war ein seltsames Wesen. Ohne irgend welche Vorurteile, ja ohne festen Glauben, schreckte sie vor nichts zurück, machte aber auch keine Fortschritte. Für vieles hatte sie einen klaren Blick, für vieles interessierte sie sich, aber nichts vermochte sie vollständig zu befreuen — vielleicht wünschte sie nicht einmal völlige Be-

friedigung. Ihr Geist war zugleich regsam und gleichgültig. Niemand verdrängte sich ihre Zweifel vollständig und niemals wurden sie stark genug, um sie in ihrer Ruhe zu stören. Wäre sie nicht reich und unabhängig gewesen, hätte sie sich vielleicht in den Strudel des Lebens gestürzt und die Leidenschaft kennen gelernt. . . . Aber das Leben wird ihr leicht, wenn sie auch von Zeit zu Zeit Langeweile verspürte, und so fuhr sie fort, von einem Tage zum andern zu leben, ohne Eile und ohne viel Aufregung. Auch vor ihren Augen tauchten zuweilen verführerische Bilder auf; aber wenn sie verschwunden waren, kam sie in ihre gewöhnliche Ruhe zurück, ohne das leiseste Bedauern zu empfinden. Ihre Phantasie überschritt zuweilen sogar die Grenzen dessen, was nach den Gesetzen der gewöhnlichen Moral für erlaubt ist; aber auch dann rollte ihr Blut noch immer ohne Aufregung durch ihren bezaubernd-ebenenmäßigen und ruhigen Körper. Wohl geschah es zuweilen, daß sie, wenn sie warm und schmachend aus ihrem düsteren Bode stieg, in Nachdenken verfiel über die Eitelkeit des Lebens, über seine Leere, über seine Mühe und Arbeit. . . . Ein blödsinniger Schmerz ergreift ihre Seele, ein edles Streben er-macht in ihr — aber da dringt ein leichtes Qualitätschen durch das halbgeöffnete Fenster ins Zimmer und Anna Sergejewna fährt zusammen und beklagt sich, ja gerät fast in Zorn und hat in diesem Augenblick nur den einen Wunsch: daß doch dieser häßliche Wind nicht mehr hereindringen möchte.

Wie alle Frauen, denen es nicht gegeben ist zu lieben, wünschte sie beständig etwas, ohne selbst zu wissen, wonach sie denn eigentlich verlangte. Im Grunde wünschte sie gar nichts, möchte sie sich auch einreden, sie trage nach allem möglichen Verlangen. Ihren verstorbenen Mann hatte sie kaum zu ertragen vermocht — (sie hatte ihn nur aus Verehrung geheiratet, wenn sie auch wahrheitsgemäß nicht ein-gewilligt hätte seine Frau zu werden, wenn sie ihn nicht für einen gutmütigen Menschen gehalten) — und so hatte sie einen geheimen Widerwillen bekommen gegen die Männer überhaupt, welche sie sich alle ohne Ausnahme als unfaubere, schwerfällige, träge, energetische und ewig von Langeweile geplagte Geschöpfe dachte. Doch hatte sie in-gewöhnlich auf ihren Reisen im Auslande einen schönen jungen Schweden mit einem ritterlichen Gesichtsausdruck, ehrlichen blauen Augen und hoher freier Stirn kennen gelernt; er hatte einen tiefen Eindruck auf sie gemacht; das hatte sie jedoch nicht gehindert, nach Rußland zurückzufahren.

„Dieser Doktor ist ein seltsamer Mensch!“ dachte sie, als sie in ihrem prachtvollen Bette auf Spikensissen unter einer leichten jehdnen Decke lag. . . .

Anna Sergejewna hatte von ihrem Vater einen Teil einer Vorliebe für den Luxus geerbt. Sie hatte ihren laßterhaften aber autumtlichen Vater sehr geliebt; und er hatte keine Tochter vergöttert, mit ihr geherzt wie mit einer Freundin; ihr das höchste Vertrauen geschickt und bei allem sich erst mit ihr beraten.

An ihre Mutter hatte sie nur eine dunkle Erinnerung bewahrt.

„Dieser Doktor ist ein seltsamer Mensch!“ wiederholte sie bei sich.

Sie dehnte ihre Glieder, lächelte und legte die Arme unter den Kopf. Dann überflogen ihre Augen zwei, drei Seiten eines einfältigen französischen Romans, worauf sie das Buch fallen ließ und rein und kalt in ihrem lauberen, duftenden Bette einschlief.

Am folgenden Morgen ging Sergejewna sofort nach dem Frühstück mit Bazaroff botanisieren und kehrte erst unmittelbar vor dem Essen zurück. Arkadi hatte an dem Ausfluge nicht teilgenommen. Etwa eine Stunde hatte er in Katjas Gesellschaft zugebracht. Er hatte sich bei ihr nicht gelangweilt, sie hatte sich sogar erboten, ihm noch einmal die Sonate vom vorübergehenden Abend zu spielen; aber als Frau Dbinoff endlich zurückkehrte, als er sie wieder sah — da schürzte sich ihm einen Augenblick das Herz zusammen. . . . Sie hatte ein etwas müdes Aussehen, als sie durch den Garten auf das Haus zukam; ihre Wangen waren gerötet und ihre Augen hatten einen helleren Glanz als gewöhnlich unter dem runden Strohhut. Sie drehte zwischen den Fingern den dünnen Stiel einer Feldblume, die leichte Mantille war ihr auf die Arme geblitten, das breite graue Band ihres Huttes schmiegte sich an ihren Wirteln.

Bazaroff ging hinter ihr, selbstbewußt und unbefangen wie immer, aber der Ausdruck seines Gesichts, wenn auch heiter und sogar freundlich, wollte Arkadi nicht gefallen. Bazaroff murmelte ihm durch die Zähne ein „guten Morgen“ zu und begab sich in sein Zimmer. Frau Dbinoff drückte ihm zerstreut die Hand und ging ebenfalls an ihm vorüber.

„Guten Morgen!“ dachte Arkadi. . . . „Saben wir uns denn heute noch nicht gesehen?“ (Fortsetzung fol.)

Die
Fog, u
lungbr
vernehm
darauf
sie tr
abstelt
Damit
bürger
gegen
lenklich
Rinfier
lichen
Kerflab
nach im
sozialbe
heit an
ganze R
henselbe
Reamter
Abgabe
dieses

Barun
Lom
macht
des lan
Diese
lande
wreter
de als
Abge
dienste
dem Kr
monopol
gegen d
gleichbe
statist
Monate
Senoffe
suchte
gegen d
Zehntau
rückgege
Zwangs
hat. In
einen B
im Bau
landspar
terzen
mit Effe
gen für
durch A
sacheng
Die
die Red
Reife in
und libe
den, der
Diese
Entwick
es nur
sie statt
Schulge
die Urne

Die
Ertung
Der Pro
Verhand
Lage un
zuwitzer
müsse d
Die Ar
werden.
Die Ver
finode
heim. I
sehentw
allgemei
8 Millio
ubringe
Bermöge
lügen W
Köge. D
die fina
sehentw
gen über
maligen
Feset
mation,
Schließl
Diamon
Diamon
Gemein
wurde
Kirchen

Die
berständ
odmet. I
Annalst
anwalter
Rechtsan
len. Die
hellung
personal
genannt

Die
immer r
merbar
teilweise
Rohstoff
und die
Auweifen

Die
berständ
odmet. I
Annalst
anwalter
Rechtsan
len. Die
hellung
personal
genannt

Die
berständ
odmet. I
Annalst
anwalter
Rechtsan
len. Die
hellung
personal
genannt

Die
berständ
odmet. I
Annalst
anwalter
Rechtsan
len. Die
hellung
personal
genannt

Die
berständ
odmet. I
Annalst
anwalter
Rechtsan
len. Die
hellung
personal
genannt

Badische Politik.

Die Koalitionsfreiheit der Beamten.

Die Volksschullehrer erbat kürzlich einen unterrichtsfreien Tag, um gemeinsam mit dem Regierungsentwurf der Besoldungsreform Stellung nehmen zu können. Wie wir hören, verweigerte der Unterrichtsminister denselben und machte im Einvernehmen mit dem bürgerlichen Finanzminister die Lehrer darauf aufmerksam, daß die Lehrer e i d r ü c h i g wären, wenn sie trotzdem an einem Unterrichtstag die Protestversammlung abhalten würden, da den Beamten kein Streikrecht zustünde. Damit hätte also § 159 der Reichsverfassung für alle Staatsbürger mit Ausnahme der Beamten und Lehrer Gültigkeit. Gegen irgendwelche Zumutungen der herrschenden Oberbeamten schützten die Beamten und Lehrer die Gültigkeit der Reichsverfassung. Die bürgerlichen Minister der militären und unteren Beamten keine wirtschaftlichen Nachmittel in Anwendung bringen. Die bürokratische Verfassung im alten abgewirtschafteten System soll demnach auch in republikanischen Staat weiterbetrieben werden. Die sozialdemokratische Partei ist für volle Koalitionsfreiheit auch der Beamten- und Lehrerschaft. Nur ein für das ganze Reichsgebiet zu schaffendes neues Beamtenrecht wird denselben diese Freiheit bringen. Darum, freibeitlich gestimmte Beamten und Lehrer, sorgt bei der nächsten Reichstagswahl durch Abgabe des sozialdemokratischen Stimmzettels auch dafür, daß dieses Beamtenrecht zur Verwirklichung kommt!

Warum kandidiert von Schulze-Gaebernis nicht mehr?

Von demokratischer Seite wird der „Freiburger Volksrecht“ geschrieben: Auf der Wahlliste vermissen wir den Namen des langjährigen Abgeordneten Schulze-Gaebernis. Diese Tatsache ist um so bedeutender als der Genannte im Inlande wie weitlich im Auslande als einer der führenden Vertreter des demokratischen Gedankens in Deutschland gilt. Auch als Abgeordneter war Schulze-Gaebernis nicht ohne gewisse Verdienste. Als Berichterstatter der Reichskommission ist er vor dem Krieg bereits für Sozialisierung gegenüber dem Privatmonopol eingetreten. In gutem Gedächtnis ist sein Kampf gegen den rücksichtslosen Unternehmertum, welchen er, weil gleichbedeutend mit dem Krieg mit Amerika, von vornherein als katastrophal bezeichnete. Der „Vorwärts“ berichtete vor einigen Monaten, wie Schulze-Gaebernis im Benehmen mit unferem Genossen Ebert noch in letzter Stunde das Anheil aufzuhalten suchte. Weniger bekannt ist der Kampf, den Schulze-Gaebernis gegen die belgische Arbeiterausfuhr richtete mit dem Erfolg, daß Zehntausende dieser unglücklichen Kriegsgesellen ihrer Heimat zurückgegeben wurden, wobei hervorzuheben ist, daß diese belgische Zwangsarbeit unserer Kriegswirtschaft so gut wie nichts genützt hat. In Erinnerung ist das Eintreten des Abgeordneten für einen Verständigungsfrieden 1917 unter anderem in Freiburg im Paulusaal, was ihm die erbitterten Angriffe der Vaterlandspartei und ihres Anhangs zuzog. Die wirtschaftlichen Interessen des Wahlkreises in Stadt und Land hat der Abgeordnete mit Eifer wahrgenommen, wie zahlreiche Geschäftsleute bezeugen können. Unseren Feldgrauen hat er während des Krieges durch Befassung und Befürwortung von Besuchen und Druckaufwendungen zu helfen gesucht.

Die Ausschaltung dieses aufrichtigen Demokraten beleuchtet die Rechtschönung der demokratischen Partei. Wird die Reife in das bürgerliche Lager, auf der Deutschnationale und liberale Volksparteier stets einen Posten voran sein werden, der deutsch-demokratischen Partei zum Segen gereichen? Diese Frage zu beantworten, überlassen wir der historischen Entwicklung, einer geantworte Lehrmeisterin. Uns selber kann es nur recht sein, wenn Wähler vom Schlag der alten Demokratie statt des Wahlzettels, auf dem Dietrich voranstelt, und Schulze-Gaebernis fehlt, den sozialdemokratischen Wahlzettel in die Urne legen.

Tagung der evangel. General-Synode.

Die evangel. General-Synode trat Dienstag nachmittag im Sitzungssaal des Landtags zu einer kurzen Tagung zusammen. Der Präsident der Kirchenregierung Dr. M u c h o w eröffnete die Verhandlungen unter Hinweis auf die trübe außenpolitische Lage und den moralischen Tiefstand unseres Volkes. Hier einzuwirken sei eine Hauptaufgabe der Kirche. Aus diesem Grunde müsse der Religionsunterricht vertieft und erweitert werden. Die Arbeiter sollten wieder stärker an die Kirche angeschlossen werden. Die Kirche hoffe auf die rege Mitarbeit der Laien. Die Verhandlungen selbst leitete der von der letzten General-Synode gewählte Vizepräsident Delan v a n d e r L o e - P f o r - h e i m. Die Versammlung beschäftigte sich sodann mit dem Gesetzentwurf über die neuen Kirchensteuern. Zur Bestreitung der allgemeinen kirchlichen Ausgaben sind in diesem Jahr insgesamt 8 Millionen Mark nötig. Dieser Betrag ist durch Steuer aufzubringen und zwar sollen erhoben werden 5 Pfg. von 100 Mk. Vermögenssteuerzuschlag und 85 Pfg. von Hundert der staatlichen Normalsteuerhöhe. In der Aussprache wurde von den Bgg. D. F r e y (lib.) und Hofprediger Fischer (Landeskirchl. Vg.) die finanzielle Besserstellung der Geistlichen begrüßt. Der Gesetzentwurf fand einstimmige Annahme, ebenso die Bestimmungen über die Gewährung von Steuerzuschüssen und einer einmaligen Steuerzuschüsse an die evan. Geistlichen. Auch das Gesetz über die Abhebung der Gebühren für Kaufe, Konfirmation, Trauung und Beerdigung wurde einstimmig genehmigt. Schließlich besetzte sich die Synode noch mit einer Bitte der Diakonissenhäuser um Gewährung von Zuschüssen. Kirchenpräsident Dr. M u c h o w gab bekannt, daß durch eine Kollekte den Diakonissenhäusern Mittel zugeführt würden; auch Staat und Gemeinden sollten sie unterstützen. Nach kurzer Aussprache wurde die Eingabe der inneren Mission um Entlastung der Kirchenregierung empfehlend überwiesen.

Die Verteiliger. Das Bad. Justizministerium hat im Einverständnis mit dem Vorstand der bad. Anwaltskammer angeordnet, daß in jedem Untersuchungsgefängnis ein vom örtlichen Anwaltsverein oder von ein solcher nicht besteht, von den Rechtsanwälten des betr. Ortes, aufgestelltes Verzeichnis derjenigen Rechtsanwälte aufzulegen ist, die in Strafsachen tätig sein wollen. Damit soll erreicht werden, daß den Gefangenen die Aufstellung eines Verteidigers erleichtert wird. Dem Gefängnispersonal wurde streng untersagt, über die in dem Verzeichnis genannten Rechtsanwälte irgendwelche Auskunft zu geben.

Erhebung der Getreide- und Kartoffelsteuern.

In diesem Jahre erfolgt wieder eine Erhebung der Getreide- und Kartoffelsteuern und zwar in den nächsten Tagen bis zum 10. Juni, die durch die Gemeindebehörden vorzunehmen ist. Die Feststellungen werden im laufenden Jahr auf das allernächste beschränkt. Als Grundlage für die Feststellung dienen die vorjährigen Ortslisten.

Soziale Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden verschlechtert sich immer mehr, zumal sich wieder verstärkter Kohlenmangel bemerkbar macht, der eine große Anzahl von Schließungen und teilweise Stilllegungen der Betriebe zur Folge hat. Auch über Hoffmangel wird sehr geklagt. Die Schuhwarenindustrie und die Holzindustrie haben den schlechtesten Geschäftsgang aufzuweisen.

Das Zweiklassensystem im Eisenbahnverkehr.

Von Professor E n d r e s - M a n n h e i m, Mitglied des Badischen Eisenbahnrates.

Der nachstehenden Erörterung liegt die Denkschrift eines Studienausschusses der deutschen Eisenbahnverwaltungen vom 20. Dezember 1919 zugrunde. Der Ausschuss kam zu dem Gesamtergebnis, daß „in betriebs-, wagenbau- und verkehrstechnischer Beziehung die Einführung des Zweiklassensystems ohne große Schwierigkeiten möglich ist“. Als tarifliche Lösung empfiehlt er in erster Linie folgenden Vorschlag: Holzklasse Pers.-Zug 6 Pfg. für den Kilometer (4. und 3. Klasse werden zu einer (3.) Klasse vereinigt), Holzklasse Pers.-Zug 12 Pfg. für den Kilometer (1. und 2. Klasse werden zu einer (2.) Klasse vereinigt), Holzklasse Schnellzug 12 Pfg. für den Kilometer (bisherige 3. Klasse Schnellzug), Holzklasse Schnellzug 18 Pfg. für den Kilometer (1. und 2. Klasse werden zu einer (2.) Klasse vereinigt).

Entfernung	2. Klasse Personenzug		Unterschied + mehr - weniger	2. Klasse Schnellzug		Unterschied + mehr - weniger
	jetzt	künftig		jetzt	künftig	
bei 30 km	7.80	7.20	- 0.60	13.80	12.00	- 1.80
" 60 "	14.80	14.40	- 0.40	20.80	21.60	+ 0.80
" 100 "	24.00	24.00	-	36.00	36.00	-
" 150 "	36.00	36.00	- 0.40	48.40	44.00	- 4.40
" 250 "	60.40	60.00	- 0.40	78.40	90.00	+ 11.60
" 600 "	143.80	144.00	+ 0.20	161.80	216.00	+ 54.20

Entfernung	3. Klasse Personenzug		Unterschied + mehr - weniger	3. Klasse Schnellzug		Unterschied + mehr - weniger
	jetzt	künftig		jetzt	künftig	
bei 30 km	4.80	3.60	- 1.20	7.80	7.20	- 0.60
" 60 "	9.00	7.20	- 1.80	12.00	14.40	+ 2.40
" 100 "	14.80	12.00	- 2.80	20.80	24.00	+ 3.20
" 150 "	22.00	18.00	- 4.00	28.00	36.00	+ 8.00
" 250 "	36.40	30.00	- 6.40	45.40	60.00	+ 14.60
" 600 "	88.80	72.00	- 16.80	95.80	144.00	+ 48.20

Entfernung	4. Klasse Personenzug		Unterschied + mehr - weniger
	jetzt	künftig	
bei 30 km	3.00	3.60	+ 0.60
" 60 "	5.80	7.20	+ 1.40
" 100 "	9.00	12.00	+ 3.00
" 150 "	13.60	18.00	+ 4.40
" 250 "	22.60	30.00	+ 7.40
" 600 "	54.00	72.00	+ 18.00

Bei dieser Gegenüberstellung fällt vor allem auf, daß die Reizen des Rinderbrettleitens sich wesentlich vermindern (siehe 4. Kl. und 3. Kl. Schnellzug), während der Zahlungsfähigere nur unbedeutend mehr zu zahlen hat als bisher (siehe 2. Klasse Schnellzug 2. Kl. Personenzug und 3. Kl. Personenzug). Demgegenüber muß ungeachtet verlangt werden, daß der Schnellzugtarif für die Holzklasse stark erhöht wird, dagegen die Holzklasse Personenzug- und Schnellzug nicht oder nur wenig verteuert werden darf. Am dies zu erreichen, wäre der Tarif, unter Berücksichtigung der 100prozentigen Erhöhung vom 1. März 1920, wie folgt zu gestalten:

Holzklasse Pers.-Zug	10 10 Pfg. f. d. km
Holzklasse Pers.-Zug	20 Pfg. f. d. km
Holzklasse Schnellzug	20 Pfg. f. d. km
Holzklasse Schnellzug	40 Pfg. f. d. km
1. Kl. f. d. internat. Verkehr	80 Pfg. f. d. km

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Reichswahlliste.

- Die von der sozialdemokratischen Reichskonferenz eingesehete Kommission hat folgende Genossen auf die Reichswahlliste gesetzt:
1. Heß Otto, Friedriehshagen, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei;
 2. Juchacz Marie, Berlin, Parteisekretärin;
 3. Schmidt Robert, Karlsruhe, Reichswirtschaftsminister;
 4. Dr. jur. Radbruch Gustav Lambert, Kiel, Universitätsprofessor der Rechte;
 5. Schilde, Alexander, Berlin-Grünwald, Reichsarbeitsminister;
 6. Schulz Heinrich, Berlin-Steglitz, Staatssekretär;
 7. Scheinopf Willi, Königsberg i. Pr., Postsekretär;
 8. Brunner Louis, Berlin-Tempelhof, Vorsitzender des Deutschen Eisenbahnerverbandes;
 9. Dr. phil. Grabner Georg, Dresden;
 10. Pfütz Antonie, München, Lehrerin;
 11. Stambler Friedrich, Berlin-Tempelhof, Schriftführer des „Vorwärts“;
 12. Frank I. Max, Dortmund, Rechtsanwalt und Stadtrat;
 13. Dr. med. Grosjahn Alfred, Berlin, Professor;
 14. Kiese Hermann, Berlin, Vorsitzender des Verbandes der Heizer und Maschinenisten;
 15. Rehmann Erich, Stuttgart, Regierungsrat und Vorsitzender des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer;
 16. Sasse Hermann, Bochum, Vorsitzender des Bergarbeiter-Verbandes;
 17. Dr. phil. Lohmann Richard, Berlin-Treptow, Oberlehrer;
 18. Dr. Duard Max, Frankfurt a. M.;
 19. Haack Fritz, Neudorf, Redakteur des „Landarbeiter“;
 20. Schäfer Valentin, Saarbrücken;
 21. Kasper Theodor, Berlin-Karlshorst, Sekretär im Deutschen Eisenbahnerverband;
 22. Ragenstein Simon, Charlottenburg, Schriftsteller;
 23. Hoff Elise, Stettin, Chefrau;
 24. Kaufmann Oskar, Architekt, Berlin;
 25. Gorfacher Leonhard, München, Verbandssekretär;
 26. Nybel Jens, Neudorf, Stadtschulinspektor;
 27. Wolbt Richard, Gherfeld, Dozent der Universität Münster;
 28. Lohoff Gertrud, Cöpenick, Chefrau;
 29. Rudolph Hermann, Duisburg, Reichsabteilungsleiter der Innenschifferei;
 30. Höring Otto, Magdeburg, Oberpräsident;
 31. Treu Martin, Nürnberg, 2. Bürgermeister der Stadt Nürnberg;
 32. Hill Hans, Redakteur;
 33. Dietrich Karl, Breslau, Gewerkschaftssekretär.

Dieser Vorschlag bedeutet gegenüber dem regierungsseitigen (12, 24, 36, 72 Pfg.) eine Verbilligung, abgesehen von dem Einheitspreis für Holzklasse Schnellzug, der eine Verdoppelung des Einheitspreises für die Holzklasse wohl verträgt, und abgesehen von dem 1. Klasse-Satz für den internationalen Verkehr, der auch mit 80 Pfg. an sich noch zu niedrig ist. Eine Gegenüberstellung der Fahrpreise gibt dann folgendes Bild:

Entfernung	2. Klasse Personenzug		Unterschied + mehr - weniger	2. Klasse Schnellzug		Unterschied + mehr - weniger
	jetzt	künftig		jetzt	künftig	
bei 30 km	7.80	6.00	- 1.80	13.80	12.00	- 1.80
" 60 "	14.80	12.00	- 2.80	20.80	24.00	+ 3.20
" 100 "	24.00	20.00	- 4.00	36.00	40.00	+ 4.00
" 150 "	36.40	30.00	- 6.40	45.40	60.00	+ 14.60
" 250 "	60.40	50.00	- 10.40	78.40	100.00	+ 21.60
" 600 "	143.80	120.00	- 23.80	161.80	240.00	+ 78.20

Entfernung	3. Klasse Personenzug		Unterschied + mehr - weniger	3. Klasse Schnellzug		Unterschied + mehr - weniger
	jetzt	künftig		jetzt	künftig	
bei 30 km	4.80	3.00	- 1.80	7.80	6.00	- 1.80
" 60 "	9.00	6.00	- 3.00	12.00	12.00	-
" 100 "	14.80	10.00	- 4.80	20.80	20.00	- 0.80
" 150 "	22.00	15.00	- 7.00	28.00	30.00	+ 2.00
" 250 "	36.40	25.00	- 11.40	45.40	55.00	+ 9.60
" 600 "	88.80	60.00	- 28.80	95.80	120.00	+ 24.20

Entfernung	4. Klasse Personenzug		Unterschied + mehr - weniger
	jetzt	künftig	
bei 30 km	3.00	3.00	-
" 60 "	5.80	6.00	+ 0.20
" 100 "	9.00	10.00	+ 1.00
" 150 "	13.60	15.00	+ 1.40
" 250 "	22.60	25.00	+ 2.40
" 600 "	54.00	60.00	+ 6.00

Der Fahrpreis für die Holzklasse Personenzug (bisherige 4. Kl.) ist hier vor allem nicht oder verhältnismäßig wenig erhöht, was um so bedeutender ist, als auf ihm die Ausnahmetarife (Zeitkarten, Wochenkarten, Schülerkarten) aufgebaut sind. Der Holzklasse Personenzug-Fahrpreis ist wohl stark ermäßigt, aber für die größeren Entfernungen kommt in der Holzklasse nicht der Personenzug, sondern nur der Schnellzug in Betracht; dieser aber ist gegenüber dem Regierungsvorschlag verteuert, doch nicht so stark, daß eine erhebliche Abwanderung eintreten würde. Ein etwaiger Ausfall würde indessen durch das Aufsteigen von der bisherigen 3. Klasse Personenzug ausgeglichen, da die Spannung zwischen den entsprechenden Fahrpreisen nicht groß ist.

Wie wir von gutinformierter Seite vernahmen, geht man im Reichsverkehrsministerium mit dem Gedanken um, auf 1. Okt. d. J. eine weitere Erhöhung der Eisenbahntarife um 100 Proz. durchzuführen, um das Niedrigsein der Reichseisenbahnen wenigstens einigermaßen auszugleichen. Es wird die Aufgabe insbesondere der Sozialdemokratischen Partei sein, wenigstens für die unterste Wagenklasse die Preise auf erträglicher Höhe zu halten, sofern man die Benützung der Eisenbahnen nicht vollends zu einem Privilegium der Reichen machen will. Auf die Dauer wird unter deutschem Wirtschaftslieben die ungeheure Belastung, die ihm durch die immer mehr ins Phantastische steigenden Tarifserhöhungen aufgebürdet werden, ohnehin nicht ertragen können. Eine Umkehr auf diesem Wege muß in absehbarer Zeit erfolgen, wenn die heimische Wirtschaft nicht völlig erdrückt werden soll.

Wahlveranstaltungen. Der Versuch, an den Pfingstfesttagen Versammlungen abzuhalten, scheint an vielen Orten gescheitert zu sein. So sprach Genosse S c h ö p f l i n am Sonntag in Röhlingen in gut besuchter Versammlung; am Sonntag nachmittag in Langenfeinbach. Der schöne Saal der „Festhalle“ war gefüllt. Der Besuch und der prachtvolle Verlauf dieser Versammlung stellt der Arbeiterschaft von Langenfeinbach ein gutes Zeugnis aus. Für den Wahlkampf wurde ein ansehnlicher Betrag gesammelt, Broschüren fanden guten Absatz. Gleichfalls nach am Sonntag nachmittag sprach S c h ö p f l i n in Spielberg. Trotzdem hier die Versammlungsstunde in eine für landliche Verhältnisse ungünstige Tageszeit gelegt werden mußte, war der Besuch recht gut. In allen Versammlungen fand der Redner lebhafteste Zustimmung. In Spielberg sprach für die Demokraten Herr Hauptlehrer M e h g e r sachlich und scharf gegen rechts.

Vor einigen Tagen sprach Genosse S c h ö p f l i n in Tahr in einer glänzend besuchten Versammlung. Von den zahlreich erschienenen Gegnern nahm niemand das Wort.

Gemeindepolitik.

Hungerlöhne für Gemeindebeamte. Aus Mosbach wird uns geschrieben: Im badischen Hinterland des Kreises Mosbach gibt es eine Gemeinde, die ausschließlich aus Bauern besteht, mit nahezu 800 Einwohnern, deren Ratsschreiber einen festen Gehalt von 400 Mk. jährlich bezieht. Dazu kommt eine jährliche Teuerungszulage von 200 Mk. sowie Grundbuchgebühren von 200 Mk. Die Teuerungszulage ist ein besonderes „Gnadenstückchen“ und kann vom Bürgerausschuß jederzeit gestrichen werden. Dieser Ratsschreiber, der seinen Dienst seit 30 Jahren ununterbrochen verrichtet, zur vollen Zufriedenheit seiner vorgelegten Behörden, bezieht also heute einen Gesamtjahresgehalt von sage und schreibe 800 Mk., unter den heutigen Verhältnissen weiter nichts als ein elender Hungerlohn. Dabei steht die Gemeinde durchaus unbelastet da, was schon der Umlagesatz von 20 Pfg. beweist. Die Gemeinde, die viel Wald besitzt, hat bei der diesjährigen Holzverfeuerung allein für Rauhholz 170 000 Mark gelöst. Der Ratsschreiber einer Nachbargemeinde mit der gleichen Einwohnerzahl hat einen festen Jahresgehalt von 2000 Mk., dazu kommen noch die Grundbuchgebühren. Wenn derartige Zustände unter dem alten Regiment möglich waren und gebildet wurden, so konnte und mußte man das hinnehmen. Wir meinen aber, heute sollten der Regierung eines Volksstaates unbedingt Mittel und Wege zur Verfügung stehen, um Gemeinden, die mit der Arbeitskraft eines erfahrenen und pflichtgetreuen Beamten derartig Schindluder treiben, auf gefeiertem Wege an ihre Pflicht zu mahnen.

Kommunalverband Karlsruhe-Land. In der letzten Kommunalverbandsausführung gab der Vorsitzende Geheimrat Sebring das Rindfleischschreiben des Geschäftsführers Rechtsanwalt K l u m p p bekannt und bedauerte gleichzeitig im Namen des Ausschusses dessen Ausscheiden. Der Ausschuss be-

donierte auch, durch Gehaltserhöhung den Geschäftsführer dem Kommunalverband nicht erhalten zu können. — Es wurden alsdann die Brotpreise festgesetzt. Hiernach kommt der 1500 Gr.-Laib auf 3,30 M., der 750 Gramm-Laib auf 1,65 M. Sollte es aber notwendig werden, Streckungsmittel verwenden zu müssen, so soll der Brotpreis um die hierdurch entstehenden Mehrkosten erhöht werden. Die Preisfestsetzung der Zuckerpreise hatte folgendes Ergebnis: Zuckerguder pro Pfund 1,92 M., Grießguder 1,92 M., Platenguder 1,92 M., Kristallguder 1,92 M., Würfelzucker in Paketen 1,96 M. pro Pfund. — Im Interesse der allgemeinen Brotversorgung, nicht nur der des Amtsbezirks, wurde beschlossen, den von der Regierung angebotenen Mais käuflich abzunehmen, ferner darauf hinzuwirken, daß die Bestimmungen über die Brotversorgung künftig auf das preislichste durchgeführt werden. — Die Lage der Schlachtviehaufbringung wurde eingehend durchgesprochen und beinahe unüberwindbare Schwierigkeiten festgestellt. Dabei wurde betont, daß die schlechte Fleischherstellung einerseits auf die ungenügenden Erzeugerpreise und andererseits auf die durch die Düngezustände entstandenen Schwankungen der Erzeugerpreise zurückzuführen ist. Hier muß gründlich geändert eingegriffen werden, wenn eine tatsächlich bessere Fleischherstellung erzielt werden will. Die Maul- und Klauenseuche und der ungenügende Ernährungszustand der Tiere spielen natürlich ebenfalls eine große Rolle. — Die schlechte Ablieferung der Pflichten durch einzelne Gemeinden wurde allgemein bemerkt und beschlossen, in diesen Gemeinden die Entziehung der Zuckerverforgung durchzuführen.

Aus dem Lande.

Stallhofen bei Dühl, 24. Mai. Die Gendarmerie hat zwei Burden verhaftet, die im dringenden Verdacht stehen, im November vorigen Jahres den Jagdaufseher Dutschker von hier erschossen zu haben.

Badenweiler, 21. Mai. Nach jüngst getroffener Verfügung hat nun das Ministerium für das Heilbad Badenweiler den Aufenthalt von Kurpenden bis zu 14 Tagen freigegeben. Sollte eine Verlängerung des Aufenthaltes sich als nötig erweisen, wird er auf Grund ärztlichen Zeugnisses ermöglicht.

Donaueschingen, 24. Mai. Eine heftigste Tat hat die ledige Dienstmagd Ruffberger aus Weizen die in Anningen im Dienst stand, begangen. Sie hatte einem Kinde das Leben geschenkt und versuchte es gleich nach der Geburt zu erwürgen. Als ihr das nicht gelang, schnitt sie dem Kind mit einem Messer den Kopf und die Nerven ab, um die Leiche in eine Schachtel packen zu können.

Spruchkommissionen für Auslandschäden. Zur Entgegennahme und Vorprüfung der Ansprüche über im Ausland existierende Schäden können in Baden die Zweigstellen des Bundes der Auslandsdeutschen und des Verbandes der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen benützt werden. Für die deutschen Wehrmänner aus der Schweiz, die an der Rückkehr gehindert sind, kommt auch der Beirat der Reichsregierung in Singen a. S. in Betracht. In Baden sind drei Spruchkommissionen eingerichtet worden und zwar in Karlsruhe, in Mannheim und in Singen a. S. Die Leitung liegt in den Händen des Reichsgerichtsdirektors a. D. Dufner in Karlsruhe.

Aus der Stadt.

3. Karlsruhe, 25. Mai.

Sozialdemokratischer Verein.

Mittwoch, 26. Mai, abends 8 Uhr, in der „Gambrius-Halle“, Erbprinzenstraße 20, Sitzung des Vorstands und der Straßensprecher. Es darf in dieser Sitzung niemand fehlen, denn die Arbeiten für den Wahltag müssen geregelt werden. Diejenigen Genossen, die noch im Besitz folgender Wählerlisten von den Unterzeichneten abzugeben sind, haben dieselben sofort an den Unterzeichneten abzugeben: Bezirk 1—7 Mühlburg, 11 und 12 Festungsschule, 21—25 Goethestraße, 52, 57, 59, 60 Karl Wilhelmstraße, 88, 89, 90 Veitstraße, 96 Ruppurt, 97, 98 Grünwinkel, 99—102 Darland.

G. Schwert, Wilhelmstraße 76.

Öffentliche Beamtensammlung.

Nicht den gewünschten starken Besuch hatte die von der sozialdemokratischen Partei auf Samstag nachmittag in den großen Saal der Festhalle einberufene Beamtensammlung mit dem Thema: „Beamte, Befoldungsreform und Reichstag“ zu verzeichnen. Gewiß ist der Pfingstsonntag mittags eine recht unpassende Zeit für Versammlungen, aber die große Bedeutung, welche die von der Nationalversammlung besprochenen Befoldungsreform hat, hätte einen stärkeren Besuch erhoffen lassen. Anstelle des noch in letzter Stunde verhinderten Genossen Steinlopp übernahm Gen. Böhlinger das Referat, der seine Aufgabe in recht geschickter Weise erledigte.

In kurzen, aber prägnanten Zügen gab der Referent ein Bild von der Befoldungsreform, die Vorteile derselben freilegend, zugleich aber auch die nicht erfüllten Wünsche der Beamten hervorhebend. Gen. Böhlinger wies zunächst darauf hin, daß der wirtschaftliche Kampf um die Existenz bei den Beamten erst nach der Revolution einsetzen konnte, da die Leiter der Organisationsarbeit gemacht worden wären, was den Verlust der Pensions- und Hinterbliebenenversicherungsrechte bedeutete hätte. Die jetzige Befoldungsreform hat nicht alle Wünsche befriedigt und leider sogar eine geschlossene Kampforganisation der Beamten vereitelt. Trotzdem die Reform nur kleine Fortschritte gebracht, findet dieselbe in großen Kreisen der Nichtbeamten eine schlechte Aufnahme, weil sie Steuer- und Umlageerhöhungen mit sich bringt. Als Neuerung ist zu verzeichnen, daß das alte fixe System beim Gehaltstarif beseitigt wird, indem die jeweiligen Zulagen nach dem Erfordernis des Existenzminimums sich richten. Ein Rechtsanspruch auf die Aufgehobenen Ansprüche wäre im kaiserlichen Deutschland unmöglich gewesen. Von dem Gedanken, daß weibliche Beamte nicht Vorbehalten sein dürfen, muß sich jeder freimachen, das weibliche Geschlecht muß die gleichen Rechte wie das männliche haben. Trotzdem nicht alle Forderungen bewilligt sind, ist es fraglich, ob durch Anwendung des in der Verfassung gewährtesten Streikrechts mehr erreicht werden kann. Das Tragische in der Beamtensammlung ist, daß der Arbeitgeber Staat heute selbst arm ist. Es besteht keine Ursache, über die Beamtensammlung, die im Herbst zum Abschluß gelangen soll, allzuviel Vertrauen entgegenzubringen. Es heißt deshalb für die Nachverbände, ein wachsame Auge haben und deshalb ist eine Einigung aller Beamtensammungen notwendig, sie muß geschlossen um ihre Interessen kämpfen. Redner ging sodann speziell auf die Lage der Gemeindefunktionen ein, die er als eine üble bezeichnete. Das Beamtentum ist so ausgegliedert, wie es dem Empfinden der Beamten entspricht. Der Grundsatz: „Freie Bahn dem Tüchtigen“ muß gewahrt bleiben, aber die bürgerlichen Parteien hatten für diese Forderung kein Verständnis. Die Forderungen der Beamten lassen sich nur dann verwirklichen, wenn sie den politischen Parteien eingeschmeichelt werden. Die Gefahr besteht, daß eine reaktionäre Mehrheit in der Reichsversammlung eintritt,

Der Kampf um die Beamtenseele.

Max Gronofeld, Oberpostassistent, Berlin.

Die Neuwahlen stehen vor der Tür. Der Kampf der Parteien um die Gunst der Volksgenossen beginnt; Frühlingluft weht die Reaktion, die mit neuen Ausschüßern in den Kampf zieht.

Jenseits der Volksgemeinschaft nimmt die deutsche Beamtenschaft einen besonderen Platz ein. Durch die musterghaltige Erziehung in monarchistischem Sinne wird es den rechtsstehenden Parteien außerordentlich leicht, ihre Agitation zu entfalten und den bisher fast unpolitischen Beamtentörper für ihre Zwecke dienstbar zu machen. Dieses tritt in erhöhtem Maße in der mittleren und höheren Beamtenschaft in die Erscheinung, während das Gros der unteren Beamten zweifellos von demokratischen Geist befeuert ist. In geschickter Weise verstehen es die deutschnationalen und Volksparteiler, die Beamtenschaft mit dem Volksweltismus, der Judenhetze, dem Schieber- und Bucherwesen sowie der Futtertruppe zu fesseln, und es ist nicht zu leugnen, daß bei einem Teil der Beamtenschaft diese Männer — angeblich der Ordnung, Freiheit und der Tat — williges Gefolge finden.

Den Parteien, die in der Opposition stehen, ist es ja leicht, den Beamten glühende Verge zu versprechen und auf ihre beamtenspezifische parlamentarische Tätigkeit hinzuweisen, da sie ja jeder Verantwortung entzogen sind. Man sühlet den Beamten vor Augen das Wohlwollen der alten Regierung in Gestalt von Titeln, Orden und Uniformabzeichen, die dem Beamten Macht und Ansehen im Staat verschaffen und ihn über die anderen Volksgenossen herausgehoben hätten.

Versichtlich schneit man über die entwürdigenden Verhältnisse, die den Beamten zum Prägen haben seiner Vorgesetzten zum Staatsbürger zweiter Klasse, zum Schergen der Monarchisten und zu einem willenlosen Werkzeug der Volksparteiler machen, die um deren Leben geboren und denen die Ausbeutung ihrer Volksgenossen Lebenszweck war. Man verzicht aber auch zu erwidern, daß zwischen dem Deutschland von 1914 und dem von 1920 einer der furchtbarsten Kriege der Weltgeschichte liegt, der unermessliche Kulturschätze vernichtet und des Volkes Saß und Gut verheert, der Millionen Kinder zu Waisen gemacht, Millionen Frauen und Mütter ihrer Ernährer beraubt und die niedrigsten Instanzen im Volke ausgelöscht hat. Diese deutschnationalen und Volksparteiler vergessen nur immer zu sagen, daß sie die Verkörperer waren, die im Bunde mit den Militaristen in den langen Friedensjahren die Brennstoffe schichteten, die den Völkern eine hollendernde Kriegsflut werden mußten. Sie verschweigen, daß sie die Urheber aller traurigen Verhältnisse sind, die sie heute der Regierung zum Vorwurf machen und mit denen sie in der Beamtenschaft haushieren geben.

Seider spielt der Ständebüchel auch heute noch bei einem Teil der Beamtenschaft eine große Rolle, der besonders von unseren Gegnern geschickt ausgenutzt wird. Ein bestelltes Agitationsmittel der rechtsstehenden Parteien ist aus diesem Grunde ihr Kampf gegen die sozialistische Gleichmacherei, der ja jedem denkenden Beamten verständlich sein müßte, wenn er das Wesen des alten Klassenstaates einmal näher betrachtet hat. Während in der Monarchie die Vorrechte der Geburt und des Gelds eine ausschlaggebende Rolle für Rang, Ehren und Würden spielten, ist dieses allerdings im demokratischen Staatswesen nicht der Fall, in dem Wissen, Macht und die Arbeit der Adel ist. Nicht Adel, Geburt und Geld, sondern Arbeit und Wissen verschaffen dem Volksgenossen in der Republik Stellung und Ansehen. Wer die Arbeit nicht als Lebenszweck ansieht, hat auch keine Berechtigung, sich über seine Mitmenschen zu erheben, nur aus dem Grunde, weil er der Sohn seines Vaters ist.

Der Kampf beginnt! Wir wollen anfragen:
Ihr habt Deutschland in den Krieg gehetzt!
Ihr habt das Geld über unser Volk gebracht!
Ihr tragt die Schuld am Zusammenbruch des Reiches!
Ihr habt Deutschlands Handel und Industrie zugrunde gerichtet!

Ihr seid schuld, wenn unser Land im Bürgerkrieg verblutet!
Ihr tragt das Hauptverbrechen des Brüdermordes an der Stirn!
Ihr, die ihr euch deutschnational oder Volksparteiler nennt!

dann sind aber alle unsere Fortschritte dahin. Deshalb gilt es für den Beamten die Augen aufzumachen und am Wahltag so zu wählen, daß er die Genüß hat, daß seine wirtschaftlichen Forderungen erfüllt werden.

Der Vortrag fand gute Aufnahme und allgemeinen Beifall bei den Anwesenden. Von der Diskussion wurde lebhafter Gebrauch gemacht. Sie zeigte, daß die Lage der Beamten noch sehr verbesserungsbedürftig ist, besonders trifft dies bei den unteren und mittleren Beamten zu, dessen Lage Herr Werner in scharfen Worten als eine sehr schlechte schilderte. In temperamentvollen Ausführungen bemängelte Gen. Veer die Fehler der Monarchie, aber er glaubt, daß dieselbe noch einen großen Fortschritt darstellt. Wenn nicht alle Forderungen erfüllt sind, so tragen die bürgerlichen Parteien die Schuld, deshalb müssen die Beamten die Sozialdemokratie hüten. Die Ausführungen des Gen. Veer wurden oft von Beifall unterbrochen, besonders als er die Beamten aufforderte, sich nicht mehr als Vorpann für den Kapitalismus mißbrauchen zu lassen, sondern für die Sozialdemokratie einzutreten.

Genosse Schübke forderte eine rasche Erledigung der Pensionreform und ermahnte die Beamten, sich als Arbeiter zu fühlen, den Ständebüchel aufzugeben und sich in einer freien Gewerkschaft zusammenzuschließen, da die Zerstückelung der Beamtenschaft sehr geschadet hat. Nachdem noch mehrere Redner gesprochen, konnte der Vorsitzende Genosse Müller die überaus sachlich und vorzüglich verlaufene Versammlung gegen 8 Uhr schließen.

Die beiden Pfingstfeiertage

standen unter dem Zeichen eines angenehmen Pfingstwetters. Wohl brauchte am Morgen des ersten Feiertags ein starker Nordostwind durch die Lande und auch der zweite Tag brach mit einem trübem, regnerischen Gesicht an, aber die Pfingstsonne zeigte über ihre Widersacher und verließ den Feiertagen ihren Glanz. Selbstverständlich war bei diesem herrlichen Wetter die Meistzahl eine recht große und besonders den Touristen war es beschiden, ihre drei, zwei und eintägigen Wanderungen programmgemäß zur Durchführung zu bringen. Der Bahnverkehr war unter diesen günstigen Umständen ein außerordentlich reger und die Bahnverwaltung hatte durch Einlegen von Vorzügen usw. Vorzüge getroffen, jedoch sich der Verkehr glatt abwickelte. Aber trotzdem erreichte die Frequenz wohl infolge der neueren Fahrpreise nicht die Höhe wie über die Pfingsttage zur Vorjahreszeit. Auch auf der Albtalbahn zeigte sich das gleiche Bild.

In der Stadt selbst herrschte, trotzdem so viele Einwohner die Stadtluft mieden und auf ein paar Tage die gesunde Wald- und Landluft aufsuchten, ein reines Leben auch die Straßen

bahn hatte vollauf zu tun. Den Hauptanziehungspunkt bildete unser Stadtgarten, der sich in wunderbarer Pracht präsentierte und einen Massenbesuch an beiden Tagen von zusammen 50.000 aufwies. Auch der neue Blumenpark, der noch nicht ganz fertiggestellt ist, verspricht neben dem Rosengarten, der sich ansieht, sein prächtiges Kleid zu präsentieren, ein Glanzstück unseres Stadtgartens zu werden. Die an beiden Tagen stattgefundenen Konzerte fanden stets ein dankbares Publikum. Die beiden Theater, das Landestheater sowohl wie das Konzerthaus, hatten an beiden Tagen ziemlich ausverkauft. Im Colosseum, in den Kinos und sonstigen Vergnügungstätten herrschte Hochbetrieb, so daß jeder über die Feiertage auf seine Rechnung gekommen sein wird.

Für die sozialdemokratische Partei brachten die Pfingstfeiertage ein großes Stück Arbeit und sie benützte die Feiertage, um an verschiedenen Orten Wahlversammlungen abzuhalten, die, wie uns berichtet wird, überall einen guten Besuch und vorzüglichen Verlauf nahmen. Mäße dieser Pfingstfeier, der die Versammlungen befehle, am 6. Juni durch Ausgabe von sozialdemokratischen Stimmzetteln praktisch zum Ausdruck kommen.

Der Truppenübungsplatz Heuberg als Kindererholungsheim.

Ueber dieses Thema sprach Herr Stadtschulrat Dr. Paul Freitagabend im vollbesetzten kleinen Saale der Festhalle. Herr Stadtschulrat Dr. Freitag begrüßte die Anwesenden und gab seiner Freude über den zahlreichen Besuch Ausdruck. Sodann gab er eine Uebersicht über die erholungsbedürftigen Kinder vor dem Kriege und jetzt. Vor dem Kriege hatten wir hier in Karlsruhe 200—300 erholungsbedürftige Kinder, während dem Kriege ist die Zahl auf ungefähr 1000 gestiegen und jetzt sind es über 3000. Er bezeichnete diesen Anstieg als eine Folge des Hungerkrieges. Dem Arbeitsministerium sprach er im Namen des Ausschusses den besten Dank aus in Bezug auf die Erwerbung des Heubergs als Kindererholungsheim. Abdam nahm Herr Dr. Paul das Wort zu seinem Vortrag. Er führte aus: Seit 1914 bezeichnet die Tuberkulose einen Aufstieg: Auf dem Lande 40 Prozent, in mittleren Städten 60 Prozent, in Karlsruhe 71 Prozent und in den größeren Städten 100 Prozent. Die Hälfte der Schulkinder ist als mit der Tuberkulose befallen anzugehen. Das einzige Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose sind Erholungsheime und bessere Ernährungsverhältnisse. Jedes Jahr eine Unterjüngung der Schulkinder ist das allermindeste, was verlangt werden muß. Der Vortragsredner schilderte sodann die Lage des Erholungsheims, die Einrichtung und die Verpflegung. Die Verpflegung bezeichnete er als sehr gut und reichlich, so daß sich die Kinder auch wirklich erholen können. Die Dörfer der Umgebung müssen täglich 2000 Liter Milch dorthin abliefern. Auch die in Frage kommenden Kommunalverordnungen geben die rationierten Lebensmittel für die dort unterbreiteten Kinder ab. Für die Bekleidung kommen in Betracht die Städte Karlsruhe, Stuttgart, Mannheim u. Heidelberg. Die Kosten betragen für ein Kind pro Tag 7,50 M. für mildererbetriebe 5 M. und für Kinder, deren Eltern nicht in der Lage sind, es zu bezahlen, kommt die Kommunion auf. Die Kost für alle Kinder gleich. Die Dauer der Kur beträgt 30 Tage. Es können im ganzen 2400 Kinder im Erholungsheim untergebracht werden. In Betracht kommen nur Kinder im Alter von über 10 Jahren. Der Vortragsredner schilderte den Anwesen an Sand von Nidderlinde das Lager und seine Umgebung vor Augen. Am Schluß seines sehr interessanten Vortrags sagte Dr. Paul: „Selbst alle mit an der Beseitigung unseres Volkselends. Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern.“ Er ermahnte für seine sehr lehrreichen Ausführungen thürmischen Beifall.

Die Reaktion im Nachbarlande!

Ein Arbeiter schreibt uns: Die letzten Tage zeigten in weitaus reaktionärer Weise auch im „Nachbarlande“ Baden die Bürgerlichen sich betätigen. So erfolgte zunächst im Landtag die Ablehnung des Antrages Königsberger, der den Hinweis auf die Verfassung bei der Amputation der Studenten an den Universitäten und Hochschulen forderte. Dann kam die Abkündigung der 30.000 M. für die Arbeiterverehrung in dem Etat des Arbeitsministeriums, und die Angriffe auf den Arbeitsminister, auch der Karlsruher Bürgerauschuss durfte nicht fehlen. Nicht allein, daß die Nationalversammlung den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag absieht, die Bürgerlichen auf dem Karlsruher Rathaus mußten ihren Senf dazu geben, sie heulten und heulten wegen eines angeblichen Einmühenausfalls der südlichen Straßenbahn am 1. Mai. Was hat man aber früher nicht alles aufgeföhrt, um die Hohenzollern in der Stadt bestrafen zu können.

Aus alledem spricht aber nur der Haß gegen die Arbeiterpartei, die Feindschaft gegen die errungene Freiheit. Deshalb heißt es: Arbeiter, Beamte! Seid auf der Hut, geht am 6. Juni eure Antwort für diese Taten der Scheinmoralisten im Landtag und Bürgerauschuss! Wählt sozialdemokratisch!

Öffentliche Wahlversammlung in Mühlburg. Wir machen nochmals auf die heute abend 1/8 Uhr im „Hirsch“ stattfindende Wahlversammlung aufmerksam, in der Gen. Redakteur Schöpplin sprechen wird. Arbeiter, Beamte, Frauen und Männer des werktätigen Volkes, erscheint zahlreich. Parteigenossen, sorgt für einen guten Besuch, bringt auch eure Frauen und die wahlberechtigten Söhne und Töchter mit.

Sozialdemokratische Partei — Bezirk Ruppurt. Morgen (Mittwoch) abend 8 Uhr findet im „Saal“ unsere erste öffentliche Wählerversammlung statt. Genosse Redakteur Schöpplin aus Karlsruhe spricht über „Die kommende Reichstagswahl“. Kein Parteigenosse darf in dieser Versammlung fehlen. Bringt auch eure Frauen und wahlberechtigten Söhne und Töchter mit.

Bereicherung der Doktorwürde. Von der Technischen Hochschule zu Karlsruhe ist dem Obergericht Friedrich Haffelwanger in Karlsruhe in Würdigung seiner für die spätere technische und wissenschaftliche Entwicklung der elektrischen Energieübertragung so bedeutsam gewordenen erfindungsreichen Tätigkeit auf dem Gebiete der Mehrphasenstromes, insbesondere des verletzten Dreiphasenstromes, die Würde eines Doktoringenieurs ehrenhalber verliehen worden.

Taschendiebstähle. Auf dem Wochenmarkt am Marktplatz hier wurden am Samstag vormittag drei Frauen ihre Geldtaschen durch unbekanntes Täter aus den Händen entwendet.

Wieder ein Opfer des alten Unfalls. Am Samstag nachmittag kam ein lediger Schneider von hier auf der Kaiserstraße zwischen Hirsch- und Dauglaststraße beim Auffpringen auf einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen zu Fall, wurde eine Strecke weit geschleift und an den Weinen, welche er unter die Schutzvorrichtung brachte, wurde er so erheblich verletzt, daß er mittels Kranenautos nach dem städtischen Krankenhaus verbracht werden mußte.

Diebstahl. In der Nacht vom 22. auf 23. ds. Mts. wurde aus einem Stalle in der Rappensbüttelstraße im Stadtteil Darland ein 1/2 Jahre altes Kind durch unbekanntes Täter gestohlen.

Verhaftet wurde wegen Nichtablieferung von Geesgut und Viehgetut im Werte von 50.000 M. ein Arbeiter aus Grafen. Festgenommen wurden: Ein Arbeiter, ein Schneider und ein Eisenrechner von hier wegen Schleichhandels mit Geesgut. 2 Milo Salbarjan, wurden bei ihnen beschlagnahmt.

Seite 4.

ungspunkt bil-
berbarer Pracht
Tage von zu-
engarten,
dem Rosen-
u präntieren,
Die an beiden
ein dankbares
ndestheater so-
Tage ziemlich
sonstigen Ver-
ber über die
vird.
e i brachten die
e benötigte die
ammlungen ab-
men guten Be-
dieser Pfingst-
fanti durch Aus-
schuß zum Aus-
holungheim,
Dr. Paul
der Heilfälle,
nden und gab
druck. Sodann
nen Kinder vor
hier in Karls-
dem Krieg ist
es über 3000,
Hungerkriegs,
men des Aus-
Erwerbungs des
am Herr Dr.
Seite aus: Seit
auf dem Bande
in Karlsruhe
Prozent. Die
Stropflose be-
zung der Zu-
ehrungsberäuf-
ugend sei das
er Vorträge
die Einrichtung
te er als sehr
wirklich erhol-
ich 2000 Liter
menden Kom-
mittel für die
ng kommen in
r. Mann-
ein Kind von
Kinder, deren
umt die Kom-
Die Dauer der
00 Kinder im
kommen nur
zage die Hübe
as Lager und
s sehr interes-
an der Einde-
ung Roll von
Ausführungen
G.

Ademische Volkshochschule. Es wird nochmals dar-
auf hingewiesen, daß die Kurse in den Pfingstferien vom 24.
bis 30. Mai nicht stattfinden. Die Kurse werden in der Woche
vom 31. Mai bis 6. Juni weitergeführt werden. Nächster Kurs-
abend Montag den 31. Mai, 8 Uhr abends.

Unbeachtete Verbote. Nach den Bestimmungen der Strafen-
polizeiordnung für die hiesige Stadt ist es verboten, Teppiche,
Möbelfüße und ähnliche Gegenstände auf Ballonen oder an
offenen Fenstern, die nach der Straße liegen, auszulassen oder
auszulassen. Da diese Vorschriften in der letzten Zeit wenig be-
achtet wurden, wird sie somit in Erinnerung gebracht.

Generalversammlung des Gewerkschaftskartells.

Dr. Das Gewerkschaftskartell Karlsruhe hielt am Donner-
stag, 20. Mai, im Gasthaus zum „Goldenen Adler“ seine Gene-
ralversammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Mit-
teilungen, 2. Jahresbericht des Vorsitzenden, 3. Kasfenbericht,
4. Neuwahl des Vorstandes des Ortsausschusses und der Kreis-
räte. Unentschieden blieben die Gewerkschaftsvertreter der
Kaufmannschaft, Musiker, Köche und Kürschner. Kollege Hof
gab unter dem Punkt „Mitteilungen“ Kenntnis von der Auf-
lösung der Einwohnerversammlung. Es ist nun beabsichtigt,
einen sogenannten Stadtschuß zu errichten und hat dieser-
halb eine vorbereitende Sitzung stattgefunden, an der die Ver-
treter des Kartells teilgenommen hat. Eine Einigung kam in
dieser Sitzung nicht zustande und da hier am Platze die Bildung
von Arbeiterbattalionen bereits beabsichtigt ist, so hat das Kartell
nach eingehender Ansprache eine Beteiligung an diesem sogen.
Stadtschuß abgelehnt. — Die Sozialisierung der
Wajollamannufaktur sei durch das Verhalten der bür-
gerlichen Parteien im Landtag verhindert worden. Die Direk-
tion der Wajollamannufaktur sieht sich durch dieses Verhalten
in ihren reaktionären Bestrebungen gestärkt und droht mit Ent-
lassung derjenigen Arbeiter, welche das Sozialisierungsbestreben
unterstützen. — Des Weiteren machte der Vorsitzende Mit-
teilung über den Streit des Metzgerverbandes mit
den Ortskrankenkassen und bittet die Arbeitervertreter, in ihren
Kreisen über die Ursache dieser Differenz möglichst Aufklärung
zu geben und dafür zu sorgen, daß die betroffenen Arbeiter ge-
schlossen hinter dem Vorstande der Ortskrankenkassen stehen. —
Die Wajollamannufaktur hat mit einem Uebernahmungsab-
schluß die Wajollamannufaktur mit einer Resolution von 50 u. Gen.
eingeleitet, die besagt, daß der Vorsitzende Hof sowie der Ar-
beitervertreter Erb anständig der Wajollamannufaktur eine Neutralitäts-
erklärung haben zu schreiben kommen lassen und sprechen sie
ihnen ihre Mitgliedschaft ab. Die Resolution wurde mit
50 gegen 28 Stimmen abgelehnt. — Des Weiteren war eine
Resolution eingeleitet bezüglich der Zuderrationierung. Sie
hat folgenden Wortlaut:

„Wie aus den Tagesblättern ersichtlich ist, beabsichtigt die
Regierung eine weitere Einschränkung der Zuderrationierung
gegen die Marmeladenfabriken auf Kosten der Bevölkerung.
Außerdem weist ein Artikel der Karlsruher Bädermeister in den
bürgerlichen Blättern darauf hin, daß eine weitere Verschlechte-
rung des Brotes eintritt und zum Teil in ganz erheblichem
Maße schon eingetreten ist.“

In Anbetracht der Wichtigkeit des Brotes und des Brotes
für die Volksernährung, welche ohnehin den einfachsten Bedürf-
nissen nicht Rechnung trägt, protestiert die heutige Generalver-
sammlung des Gewerkschaftskartells auf das entschiedenste gegen
die Verschlechterung der Zuderrationierung sowie die Verschlechte-
rung des Brotes.

Das Gewerkschaftskartell verurteilt aufs Schärfste die Ab-
gabe von Zucker an die Winger, da hierbei angenommen werden
kann, daß ein großer Teil des Zuckers nicht zur Weinverbess-
erung, sondern zu Privatweinen und zu Wucherpreisen ver-
kauft wird.

Im Namen der gesamten Arbeiterschaft wird von der Re-
gierung erwartet, daß sie unverzüglich eingreift, da sonst die
Arbeiterschaft auf die Weg der Selbsthilfe gedrängt werden.“

Die Vereinsteilnahmen sowie die eingereichten Resolu-
tionen lösten eine ziemlich lebhaft debattierte, an der sich eine
größere Anzahl der Gewerkschaftsangehörigen beteiligte. Vor-
wiegend wurde Resolutionen einstimmig angenommen. Kollege
Erb machte noch Ausführungen über den Verein „Volkshoch-
schule“. Hierbei wurde aus der Versammlung der Wunsch
geäußert, daß, nachdem die Teilnehmerzahl eine überaus große
geworden ist, nunmehr die für andere Kreise reservierten Plätze
reflexlos den Mitgliedern des Vereins Volkshochschule zur Verfügung
gestellt werden. — Der Organisation der Hausangestellten
wurde nach lebhafter Befürwortung durch Frau Hub eine

monatliche Unterstützung von 80 M. vorläufig für 3 Monate
gewährt.

Beim zweiten Punkt „Jahresbericht“ gab Kollege Hof
in längeren Ausführungen einen Rückblick auf das verfloßene
Geschäftsjahr und hob die Unsumme von Arbeit hervor, dabei
hinweisend auf die vielen Kommissions- und anderen Sitzungen.
Er bedauert, daß nicht alle Wünsche, die im Laufe dieses Jahres
zum Ausdruck kamen, in Erfüllung gegangen seien, was wohl
zum Teil darauf zurückzuführen sei, daß heute eine geschlossene
Arbeiterschaft nicht mehr existiere. Er hoffe jedoch, daß im kom-
menden Geschäftsjahre dieser letzte Wunsch in Erfüllung gehen
werde insbesondere, wenn wir mehr wie bisher bestritten sein
werden, in unseren Versammlungen das Wirtschaftliche vom
Politischen zu trennen. — Da der Kasfenbericht bereits
den Mitgliedern gedruckt zugegangen war, wurde von einer noch-
maligen Verlesung Abstand genommen. Dem Vorstand sowie
dem Kassierer wurde hierauf Entlassung erteilt. Kollege Hof
legte einen Antrag ein, der die Gründung einer Arbeitge-
meinschaft, welche die Leuerung von Monat zu Monat prüft
und dafür Sorge zu tragen hat, daß die notwendigen Zulagen
auch den in kleinen Betrieben Arbeitenden zugute kommt. Kol-
lege Hof wandte sich entschieden gegen eine Arbeitge-
meinschaft, dabei ihre Schwächen hervorhebend. Kollege Hof
gab sich mit der darüber einsehbaren Ansprache zufrieden und
zog die Resolution zurück. Eine weitere Resolution des Kol-
legen Hof bezog sich auf den Schlichtungsausschuß
und wurde auch hier von dem Vorsitzenden zugestimmt, daß für
eine Verbesserung in der vom Kollegen Hof angebotenen Weise
geforrt werden müßte.

Bei der Neuwahl des Vorstandes gab der Kol-
lege Hof bekannt, daß die Vorstandsmitglieder hiermit ihre
Nemter in die Hände der Delegierten juristisch legen und er bitte
um Vorschläge bezüglich der Neuwahl. Es gingen 14 Vorschläge
ein, zu wählen waren 5 Personen und aus der Wahl durch
Stimmzettel gingen hervor die Kollegen Hof, Krebs,
Brull, Basse, Brenner, Höber, Schulerburg,
Gausler. — Nach Bewilligung einer Remuneration hatte die
äußerst interessante Versammlung um 11 Uhr ihr Ende erreicht.

Jugend und Sport.

Freie Turnerschaft Karlsruhe — Freie Turnerschaft Speier.

Auf dem neuen Turnplatz der Freien Turnerschaft an der
Finkenheimer Allee fanden am Pfingstsonntag mittags 11 u. h.
Ballwettkämpfe zwischen der 1. und 2. Mannschaft der
Freien Turnerschaft Karlsruhe und derjenigen der Freien
Turnerschaft Speier statt. Ergebnis: 1. Mannschaft 2:2;
2. Mannschaft 3:2 für Speier. Das Spiel ging in fairer
Weise vor sich und zeigte recht interessante Momente.

Der Fußball über die Pfingsttage.

Bönig verliert gegen Holland 3:1; Wader Leipzig —
Nürnberg 3:1. — Am Samstag: Bönig gegen Ludwigs-
Vereinsklub 3:0. Die Rigamond'sche des Karlsruher F.V., die
sich auf einer Reise nach Norddeutschland befindet, verlor am
Sonntag gegen den Hamburger Sportverein 7:2, am Montag
gegen Altona-Hamburg 9:1. — Franonia F.C. Stuttgart 3:0.

Kleine Nachrichten.

Berlin. Bei dem Bau der katholischen Pfarrkirche der Corpus
Christi-Gemeinde führte aus unbekannter Ursache ein Gewölb-
bruch im Mittelschiff ein, zertrümmerte das Gerüst und riß 6
Mauerwerkstücke, die mit mehreren Verletzungen in das Kran-
kenhaus überführt worden sind.

Hamburg. Mit dem Dampfer „Ranke Maru“ ist Admiral
Meyer-Waldack, der Verteidiger von Tientsin mit seinen
Soldaten und in der Japan interniert gemessenen Zivilpersonen
Frauen und Kinder, ungefähr 700 Personen, im Hiesigen Hafen
eingetroffen.

Gruenberg (Schlesien). Landrat Dr. Erleang veröffentlicht
in der „Gruenberger Tageszeitung“ einen aufgefundenen
Mordbefehl gegen 18 angesehene Bürger der Stadt. In der
Wahrscheinlichkeit seien sie an ihren Arbeitsplätzen und in ihren Woh-
nungen ungeschützt worden. Ferner sollten die Gelder der Ban-
ken und der großen Betriebe beschlagnahmt werden. Die Ur-
heber des Mordplanes haben sich wegen Hochverrats zu verant-
worten.

Paris. Das Amtsblatt veröffentlicht ein Dekret, das die
Ausfuhr von Cellulose, Farben und Leinen verbietet.

Letzte Nachrichten.

Die Unternehmervereine gegen weitere Lohnerhöhungen.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberver-
bände hat in ihrer Ausschuss-Sitzung am 20. Mai in ein-
gehender Aussprache die gesamte Wirtschaftslage Deutsch-
lands erörtert. Sie hält es für ihre dringende Pflicht, den
ernsten Mahnruf an sämtliche ihr angeschlossenen Arbeitgeber-
verbände zu richten, jede neue Erhöhung der Löhne
und Gehälter abzulehnen. Die Preise der deutschen
Erzeugnisse haben die Weltmarktpreise ungefähr erreicht, zum
Teil bereits überschritten. Schon heute flaut überall der Absatz.
Eine abermalige Steigerung der Beschäftigungskosten durch wei-
teres Ansteigen der Löhne und Gehälter und die daraus fol-
gende Verteuerung der Preise muß zur Katastrophe führen und
damit unabsehbares Elend über alle Kreise des deutschen Vol-
kes, nicht zuletzt der Arbeitnehmer bringen. Den Arbeitneh-
mern selbst ist auch mit der reinen Steigerung der Löhne und
Gehälter zugebenemachen nicht gedient. Tünen wie der gan-
zen Arbeiterschaft kann nur geholfen werden durch vermehrte
und verbilligte Produktion, die allein und durch sich eine Senkung
der Preise bewirken kann.

Valuta-Bericht vom 21. Mai.

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 13,50 bis
Auszahlung Holland notierte etwa 15,25 M. per holl. Gulden
Schweiz etwa 7,45 M. per schw. Fr.; England etwa 161 M. per
Pfd. Sterling; Frankreich etwa 8,12 M. per frz. Fr.; Neuhor
etwa 42 M. per Dollar.

Schrittlegung: Georg Schöpslin, Verantwortlich: für Ar-
tikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel;
für Sachliche Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der
Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für
Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genos-
senchaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Gele;
für den Anzeigenteil Gustav Krüder, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Arbeiter-Sportkartell.) Mittwoch, 26. Mai,
nachmittags 5 Uhr, Kartell-Sitzung in der „Gambirushalle“.
Wichtige Tagesordnung. 8775

Wasserstand des Rheins.

Schullerinsel 281, gef. 1, Neßl 385, Magau 544, gef. 4, Mann-
heim 459, gef. 12 Zentimeter.

Wanzen, Käfer etc.

lassen sie am besten durch meine
Spezial-Verfahren mit sicherstem
Erfolg unter Garantie beseitigen
U. V. A. Fr. Springer, Karlsruhe, Telef. 3263
nur Markgrafenstraße Nr. 52.
Abonnement für Hausbesitzer unter günstigen Bedingungen.

Sänger- und Turner-Vereinigung

Karlsruhe-Beltheim.
verbunden mit Wettkämpfen
am 29., 30. und 31. Mai 1920.

Sehr wichtig! G. D. A. Sehr wichtig!
Gewerkschaftsbund der Angestellten.
Mittwoch, den 26. Mai 1920, abends 8 Uhr
im Saale des „Elefanten“
Außerordentliche
Mitglieder - Versammlung.
Tagesordnung:
1. Erläuterung der neuen Gehaltsregelung für kaufmännische Angestellte.
2. Kündigungen und Entlassungen.
3. Der kommende Reichstaxi für Angestellte bei Behörden.
Erscheinen aller Mitglieder ist gewerkschaftliche Pflicht.

Rastatter Anzeigen.
Sozialdem. Partei Rastatt
Donnerstag, den 27. Mai, abends 7/8 Uhr,
findet im „Einheitsaal“ eine
öffentliche
Volks-Versammlung
statt.
Thema:
„Die bevorstehende Reichstagswahl.“
Referenten: Frau Landtagsabg. Kunigunde Höber
und Ingenieur Kiefer-Karlsruhe.
Wählerinnen und Wähler von Rastatt, erscheinen
in Massen zu dieser Versammlung.
— Freie Diskussion. —
Der Vorstand.

Cumpen
Papier
Felle
Hohhaare, Metalle, Eisen,
Keller- und Spelchstram-
lant: Feuerstein,
Polanenstr. 26, Tel. 3481
für Händler Vorzugspr.
Herren - Strä-
Wäsche.
Kragen ... 60 S.
Manchetten ... 30 S.
Vorhemden ... 30 S.
Kragenwäscher Diner.
Kann auch stellen:
Wieland, Einwig-Wilf-
straße 21.
Gäß, Durlacherstraße 81,
Laden
Gartner, Schützenstr. 58,
Laden
Renner, Gartenstraße 62,
Laden. 3611

Achtung! Wichtig!
Angekündigte militärischer Abwick-
lungsstellen des XIV. A.-R.
Am Mittwoch, den 26. d. Mts., nachmittags
5 Uhr, im großen Rathhause, Karlsruhe
Öffentliche Versammlung
aller Angehörten der militärischen Abwick-
lungsstellen im XIV. A.-R.
Tagesordnung:
1. Gruppeneinteilung und Gruppenver-
schreibung.
2. Verrechnung des erhaltenen Gehalts-
vorschusses.
3. Tarif- bzw. Teuerungszulage.
4. Bevorstehender Abbau der Zivilangestellten
militärischer Abwicklungsstellen.
Referenten:
Kollege Kiefer, vom Orts- Kollege Bresselt, vom Ge-
kartell freier Angehörten- werkschaftsbund im A.-
Verbände.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert
vollständiges Erscheinen.
Keiner darf fehlen!
Ortskartell freier Angehörten-Verbände.
Gewerkschaftsbund im A.-
Reichsbund der Kriegsheilbedürftigen, Kriegsteil-
nehmer und Hinterbliebenen.

Durlacher Anzeigen.
Auslandsbutter.
Durch die Bod. Landesstelle wurde uns für
Franken eine kleine Erndung Auslandsbutter zu-
gewiesen, welche wir am kommenden Dienstag
Nachmittags im D. Verkauf (Schloßplatz) zur
Ausgabe bringen werden. Die Ausgabe findet
entfällt. Die Ausgabe findet
unserer Selbst. Die Ausgabe erfolgt auf die
Krankentafel.
Durlach, den 21. Mai 1920.
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Bruchtaler Anzeigen.
Zeltdrebel betr.
Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis
daß auch in diesem Jahre alle wegen Zeltdrebel
rechtskräftig bestraften Personen im „Bruchtaler Boten“,
in der „Bruchtaler Zeitung“ und im „Volkstreu“ in
Karlsruhe veröffentlicht werden.
Bruchtal, den 18. Mai 1920.
Bürgermeisteramt.
Dr. Reister. Voll.

Butter und Eier für Kranke.
Heute Dienstag und morgen Mittwoch Aus-
gabe von Butter und Eiern für Kranke, werdende
und kranke Mütter gegen die Karten 3 und 4
Preis für das Pfund Butter 12 M., für das Ei 85 M.
Ausgabestelle: Häfner, Ecke Stadtgraben und Orbin-
straße.
Bruchtal, den 25. Mai 1920.
Kommunalverband Bruchtal-Stadt.

Kartoffel - Versorgung.
Die vermehrte Kartoffelzufuhr ermöglicht den
Kommunalverband, an die Versorgungsberechtigten
den Kartoffelbedarf bis zur neuen Ernte auf einmal
auszugeben. Bei der Kartenausgabestelle gelangen
an die Versorgungsberechtigten Ausweise zur Aus-
gabe am Dienstag, den 26. Mai von A bis K.
Mittwoch, den 26. Mai, L bis Z
jeweils von 8-12 Uhr und von 2-5 Uhr.
Auf Grund dieser Ausweise können die Kartoffel-
versorgungsberechtigten die ihnen für den Rest des
Erntejahres zuteilgehenden Kartoffeln das Pfund zu
35 Pfg. bei der Kartenausgabestelle im Baushof
in Empfang nehmen. Zur Abholung der Kartoffeln
wird Zeit gesetzt bis Samstag, den 5. Juni.
Wer seine Kartoffeln nicht abgeholt hat, hat
teine mehr auf Versorgung mit Kartoffeln
durch den Kommunalverband.
Bruchtal, den 22. Mai 1920.
Kommunalverband Bruchtal-Stadt.

Offenburger Anzeigen.
Ausgabe von Bezugscheinen für
Brennholz betr.
Bezugscheine für 1 Ster Brennholz pro Familie
zum Bezuge derselben bei den hiesigen Holz-
und Kohlenhändlern werden von heute ab gegen Vor-
zeigen des Kohlenausweises dieselben verabfolgt.
Offenburg, den 22. Mai 1920.
1403
Ortskohlenstelle der Stadt Offenburg.

**Sozialdemokratische Partei
Karlsruhe.**
(Bezirk Mühlburg.)
Dienstag, den 25. Mai, abends
1/8 Uhr, im Gasthaus zum „Hirschen“,
Gardhofstraße
**große öffentliche
Wähler-Versammlung**
Thema: 3765
„Die bevorstehenden Reichstagswahlen“
Referent: Gg. Schöpflin, M. d. R.
Freie Aussprache:
Zu zahlreichem Besuche ladet höflich ein
Die Bezirksleitung.



Gutes Bier
ist das beste und billigste
Erfrischungs-Getränk
Brauerei Schrempp
Karlsruhe.

Doch
wenn es teurer
ist wie andere?
Auch dann,
denn der wahre
Wert liegt in
seiner Güte
**deswegen
nimmt man**
Erdal
schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinherst.: Werner & Merz, Mainz

**Die Aufnahme von Kranken in
das Landesbad in Baden betr.**
Die Eröffnung des Landesbades in Baden ist im
laufenden Jahr auf den 1. Juni festgesetzt. Wegen
der Vorarbeiten für die Aufnahme und wegen
der Verpflegungskosten verweisen wir auf die Ver-
ordnung des Ministeriums des Innern vom 9. Mai 1908
(Gef.-u. S.-D.-Bl. 1908 S. 107) und vom 20. April 1920
(Gef.-u. S.-D.-Bl. 1920 S. 111), sowie auf die sich an
die letztere anschließende Bekanntmachung vom 20. April
1920 (Gef.-u. S.-D.-Bl. 1920 S. 113). Aufnahmegesuche
sind möglichst frühzeitig beim Bezirksamt Baden
- Baden-Krankenkommission - einzureichen. Zu den
den Aufnahmegesuchen beizulegenden Fragebogen sind
die vorgeschriebenen Formulare zu verwenden, die
vom Bezirksamt Baden - Baden-Krankenkommission -
besorgen werden können; die Fragebogen sind mit
Datum und mit der Unterschrift des behandelnden
Arztes zu versehen.
Karlsruhe, den 20. Mai 1920. D. 3. 177
Bad. Bezirksamt. - Polizeidirektion.

**Verein Karlsruher Aerzte (E. V.)
Zur Beachtung!**
In ganz Deutschland beginnt am **Dienstag, den 25. Mai 1920** um 12 Uhr
der vertragslose Zustand
zwischen den Aerzten und den Krankenkassen. Während der Dauer desselben
werden Krankenkassenmitglieder **nur gegen Barzahlung** zu den in der Privat-
praxis üblichen Sätzen behandelt.
Zu dieser Massnahme ist die Organisation der deutschen Ärzteschaft gezwungen,
weil die Kassenhauptverbände die auf Veranlassung der deutschen Aerzteorganisation
angeregten Verhandlungen über die Forderungen der deutschen Ärzteschaft ohne
triftigen Grund schroff abgebrochen haben.
Diese Forderungen sind:
1. Einführung der **unbeschränkten freien Arztwahl** für ganz Deutschland.
2. Zeitgemässe Entlohnung der ärztlichen Tätigkeit. 1870*

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr.
Zu den Gehörten
1. Josef Braun, Breitelstraße 163
2. Franz Müller, Breitelstraße 120
3. Bernhard Fischer Witwe, Breitelstraße 112
4. Jakob Schneider, Breitelstraße 151
5. Bernhard Braun, Breitelstraße 133
Die vereinigten Gehörten bilden einen Sperbezirk
im Sinne des § 161 ff. der Ausführungsverordnungen
zum Reichs Viehseuchengesetz.
Karlsruhe, den 18. Mai 1920. 1410
Bezirksamt - Polizeidirektion.

Grundstücks-Zwangsvollstreckung.
Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Gb. Nr.
4015; 3 a 99 am Hofstraite mit Gebäuden,
Walhallstraße 6.
Schätzung: 77 000 M.
Vollstreckungstagfahrt: Mittwoch, 2. Juni 1920,
vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude, Ma-
denstraße 8.
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim No-
tariat.
Karlsruhe, den 30. März 1920.
Bad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

**Herztlicher Bezirksverein
Durlach-Ellingen.**
Am Dienstag den 25. Mai, mittags
12 Uhr, beginnt den Krankenkassen
gegenüber der vertragslose Zustand.
Von diesem Zeitpunkt ab werden sämt-
liche Mitglieder der Krankenkassen nur
gegen sofortige Barzahlung und nur
zu den Preisen der Privatpraxis be-
handelt.
Die Aerzte sind zu diesem Ver-
fahren genötigt worden, da die Kranken-
kassenverbände die von den Aerzten
angebahnten Einigungsverhandlungen
in der schroffsten Form abgebrochen
haben. 3766

**Gesuch des Regiermeisters Max Säh in Graben
um Einrichtung einer Schlachtküche in seinem
Anwesen Hauptstr. Nr. 15 in Graben betr.**
Regiermeister Max Säh in Graben hat um die
bau- und gewerbepolizeiliche Genehmigung zur Ein-
richtung einer Schlachtküche in seinem Anwesen
Hauptstraße Nr. 15 in Graben nachgesucht.
Etwaige Einwendungen gegen das Unternehmen
sind innerhalb 14 Tagen vom Tage des Erscheinens
dieser Bekanntmachung an gerechnet, schriftlich oder
zu Protokoll beim Bezirksamt Karlsruhe oder beim
Gemeinderat Graben anzubringen, widrigenfalls alle
nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Ein-
wendungen als verjährt gelten.
Pläne und Beschreibungen des Unternehmens
liegen auf dem Sekretariat des Bezirksamts -
Zimmer 55 - und auf dem Rathaus in Graben offen.
Karlsruhe, den 18. Mai 1920.
1412
Bezirksamt II. D. 3. 174

Badisches Landestheater.
Dienstag, den 25. Mai 1920 1413
Figaros Hochzeit
Komische Oper in 4 Akten von W. A. Mozart.
Anfang 7 Uhr. (Hohe Pr.) Ende nach 10 Uhr.

Volksbühne - Konzerthaus.
Heute
Dienstag **A 3** Anfang
1/7 Uhr 1411

Bekanntmachung
Über Abbau von Glas und Sand.
Einwohner der Stadt Karlsruhe, die in diesem
Jahre Glas oder Sand abbauen, sind gemäß Ver-
ordnung des Reichsministeriums für Glas her-
stellung, die mit Glas oder Sand behaute Fläche
höchstens am 1. Juni bei uns anzumelden (Melde-
stelle: Statistisches Amt, Bahringerg. 98). Wer die
Melbung nicht rechtzeitig erstattet, geht seines An-
spruchs auf Rücklieferung von Wechwaren und Binde-
garn verlustig.
Karlsruhe, den 22. Mai 1920. 1409
Das Bürgermeisteramt.

Baubund-Möbel
kaufen Sie preiswert
und formschön gegen Barzahlung oder
erleichtert. Zahlungsbedingungen
bei der gemeinnützigen Hausratgesellschaft
Badischer Baubund G. m. b. H.
Karlsruhe
Karl-Friedrichstr. 22 (Eckhaus Rondellplatz)
Täglich geöffnet von vormittags 8-12,
nachmittags von 2-6 Uhr.
Fernsprecher 5157.

**Billige Lederspangenschuhe
für Kinder**
- verkauft -
Mechanische Schuhfabrik Karlsruhe.
Kleiberstraße 50. 3743

Zwirn
1000 Rädchen M. 250 frei
Masch.-Garn
100 Rollen M. 230 frei.
Verfandhaus „Roths“,
Berlinsgasse 8. 3868
Schmucksachen
aller Art und 2206
Pfandscheine
werden stets angekauft in
Weintraubs
An- und Verkaufsgeschäft
Kronenstr. 52, Tel. 3747.

Medico-mechan. Institut
Karlsruhe, Sofienstraße 23.
Orthopädische Kurkuren unter ärztlicher Leitung,
Montags, Mittwochs u. Samstags d. 4-1/6 Uhr nachm.
Behandlung aller Verletzungen, auch Kriegs-
verwundungen.
Medico-mechanischer Apparatensaal, Massage,
Schluffbäder, künstliche Höhenzone.
Modern ausgestattetes Röntgenlaboratorium zur
Untersuchung innerer und chirurgischer Erkrank-
ungen und Behandlung mit Röntgenstrahlen.
Tägliche Sprechstunden täglich 3-4 Uhr.

Dr. Hammer Dr. Pertz
Fachärzte für Chirurgie und Orthopädie.

**Haus- und
Küchen-Mädchen**
für Wirtschaftsbetrieb
zum sofortigen Eintritt 862
gesucht.
Lohn M. 125.- bei freier Station.

Städt. Arbeitsamt
Fachamt für das Hotel- und Betriebs-Gewerbe
Bahringergasse Nr. 98 (Erdgeschoss).

**Den Steuerinnehmerschulden
Karlsruhe-Grünwinkel betr.**
Der obige Dienst ist dem Wilhelm Mangold
in Grünwinkel, Sinnerstr. 18, übertragen worden.
Karlsruhe, den 22. Mai 1920.
Finanzamt. 1414

Reinigung der Wasserrohrstränge.
Vom Freitag, den 21. Mai, bis auf weiteres
wird die mechanische Reinigung der Wasserrohrstränge
in der Schwefelstraße zwischen Karl-, Krieg-, Bruner-
straße und Heilstein, sowohl tagsüber, wie auch
nachts vorgenommen.
Während der Dauer dieser Arbeiten lassen sich
Erhebungen des Wassers auch in entfernteren Rohre-
leitungen nicht vermeiden; zeitweiliges Ausbleiben
des Wassers, namentlich in den höher gelegenen Stock-
werken, ist nicht ausgeschlossen.
1348
Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

Keh. Tintelott Karlsruhe
Amalienstr. 43
Rasiermesser-Hohlkehleffel
mit elektr. Betrieb
1346
Sollinger Stahlwaren.

Blindenarbeit!
Sortierhaftes Gehäufent
für die Hausfrau
Kopfschraubenzieher
aus vorzüglichem Schweif-
haar zu haben. 2667
W. Doss, Viktoriastr. 6.

Pinkoch-Gläser
werden teurer.
Solche können Sie in
allen Größen noch
billig kaufen bei
C. F. Werner
Gaggenau. 3631

Kanapee!
sehr schöne, billig zu ver-
kaufen. Polstermöbelhaus
N. Köhler, Schützenstr. 25.
Bestellt mit Koffi
billig zu verkaufen. 3770
Grenzstr. 10, 1. Etad.

Kragen
Ihre
Manschetten
Vorhanden
u. s. v. erhalten Sie
in kürzester Zeit ta-
dellos gewaschen
u. gebügelt in der
Dampfwaschanstalt
Albert Lau
Karlsruhe.
Annahmestellen:
Schererstrasse 10 a
Sofienstr. 13 (Laden)
Waldhornstrasse 31
(Laden)
Eing. Bahringergstr.
Neu erbaut:
Augartenstraße 57
(Laden). 3775
Knechtungen:
Hauptstraße 94.

**Kaufe
und verkaufe**
getrag. Kleidungsstücke,
Uniformen, Schuhe, Hil-
fen, Heizzeuge, Fern-
gläser, Musikinstrumen-
te, altes Gold, Silber,
Brennante, einzelne
Möbel, ganze Einrich-
tungen, Nähmaschinen,
Fahrräder, Kassen-
schränke und anderes zu
angemessenen Preisen.
An- und
Verkaufsgeschäft:
Levy, 3645
Bahringergasse 22, Tel. 2015.

Metallbetten
Stahl-
Rinderbetten, Polster an
Federbetten, Katalog frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl i. Th.

**Städt.
Vierordtbad.**
Versch. Kurbäder:
Halb-, Sitz-, Fuss-
u. Wechselbäder,
Duschen, Wickel-
(Packungen) und
Massagen, Dampf-
u. Heissluft-
kastenbäder etc.
Damenbadezeit:
Montag und Mitt-
woch vormitt. von
9-1 Uhr u. Frei-
tag nachmitt. von
2 1/2-7 1/2 Uhr.
Herrenbadezeit:
alle übrige Zeit.
An Sonn- u. Feiertagen
geschlossen.

Die Städt. Velleidungshelle gibt bekannt, daß
ausdrücklich für Kinderbewilligte im Sinne
der Verordnung des Bürgermeistersamtes vom
20. April 1920 eine

Schuhreparatur - Werkstätte
eingerrichtet wurde.
Für Personen, die nachweislich die Schuhreparatur
selbst vornehmen können, wird zu ermäßigtem Preis,
auf Wunsch auch nur das Leder für Sohlen und
Abfätze abgegeben.
Die Zuanpruchnahme der Werkstätte ist von der
Erklärung der Anerkennung als Kinderbewilligter
abhängig, die von der Prüfungshelle des Bürgermei-
stersamtes (Städt. Ausstellungshalle, Eingang beim
Brennstoffamt) vorgenommen wird.
Formulare zwecks Antragsstellung liegen be-
legtenannter Stelle auf.
Karlsruhe, den 22. Mai 1920. 1397
Städtische Velleidungshelle.

Aluminium! Aluminium!
Ausnahme - Angebot!
Auf meine bekannt vorteilhaft und billigen Preise
biete ich, voraussichtlich nur auf kurze Zeit, in-
solange Entgegenkommens meiner **10% Rabatt.**
Lieferanten, auf sämtl. Waren
Ich empfehle von diesem Angebot ausgiebigen
Gebrauch zu machen, da die Gelegenheit nicht bald
wiederkehren dürfte.
Aluminium-Spezial-Geschäft
Gustav Nürnberg er
Waldstrasse 26 (neben Rasi-Kino) 3648

Darlehen
bei Mängellosigkeit ver-
langen Sie durch Karl
Hermann, Karlsruhe,
Kleberstr. 12, Tel. 3989,
Sprechzeit tägl. nachmitt.
Sauber, fleißig, ehrlich
Monatsfran
für 2-3 mal wöchentlich
von II. Familie gesucht.
Anspruch, Sauerberg-
straße 30 III. UmS.
Städt. Velleidungshelle
Stahl-
Rinderbetten, Polster an
Federbetten, Katalog frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl i. Th.

der ne-
mitget-
heim t-
um na-
Nar-
Can-
zu 3-
Verw-
a li f-
Reise-
auf b-
gehe
verlas-
volunt-
stim-
arbei-
jamon-
ti a